

RUNDBRIEF 77

Postscheckkonto Berlin West Nr. 675-103
Bank für Sozialwirtschaft
Konto Nr. 31 137-00, BLZ 100 205 00

September 1985

Inhaltsverzeichnis

Seitenangabe

Vorbemerkung

- Die Weiterarbeit des ASF-Gedenkstättenreferates 1

A Berichte

- Mahn- und Gedenkstätte in Düsseldorf 2

B Zur Diskussion

- Bemerkungen zur Diskussion um Inhalte und Form der Gedenkstättenseminare - Thomas Lutz 8
- "Rundschlag am Mittag" - Nachbemerkungen zum Gedenkstättenseminar im Mai 1985 in Wewelsburg - Andreas Ruppert 9
- Überlegungen zu den Gedenkstättenseminaren in der Bundesrepublik - Angela Genger 12
- Eröffnungsrede zur KZ-Gedenkstätte "Oberer Kuhberg", Ulm (Auszüge) - Walter Wuttke 14

C Infos, News

- Essen, Wewelsburg, Internat. Suchdienst Arolsen, Papenburg 17
- Informationen zum KZ-Schörzingen 18
- "Die Angst, sagt Jeanne, wird bleiben" - Bericht vom jüdischen Friedhof in Buttenhausen 19
- Gedenkveranstaltung des Schulzentrums Hermannsburg zum ehemaligen KZ Obernheide 20
- "Vorbildhaftes Beispiel" - Dr. Rüdiger in Breitenau 21
- "Design of the Holocaust Museum Unveiled" - Bericht zum Holocaust-Museum in Washington 22

D Veranstaltungshinweise

- Seminar in Homberg (bei Kassel) am 8. und 9. November zur Vorbereitung des nächsten Gedenkstättenseminars 23

E Literaturhinweise

24

Weiterarbeit im ASF-Gedenkstättenreferat

Als erstes die erfreulichste Meldung:

Dank der intensiven Bemühungen durch Vorstand und Geschäftsführung ist es gelungen, von einer Stiftung eine Fremdfinanzierung für das Projekt "Gedenkstättenkoordination" bei Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste zu erreichen.

D.h., daß die Arbeit in nächster Zeit - bis 1987 - gesichert ist und ich die Koordinierungsaufgaben weiter wahrnehmen kann.

Bei der Suche nach finanzieller Unterstützung für die Stelle eines "Gedenkstättenreferenten" wurde Folgendes deutlich: Die Arbeit wurde als ungemein wichtig und sinnvoll angesehen, aber fast niemand - auch keine Partei-Stiftung - sah sich in der Lage, hierfür eine finanzielle Unterstützung zu leisten. Dies läßt für die Zeit nach 1987 keine allzu guten Aussichten erwarten.

Erfreulich an den Finanzierungsmodalitäten für die nächsten zwei Jahre ist die Festlegung, daß jegliche Gelder, die für die Gedenkstättenarbeit auch jetzt schon bei ASF eingehen, zur Verlängerung der Arbeit über diese Zeit hinaus dienen werden. Daher kann jede Unterstützung - hier sind der Phantasie und dem Geldbeutel keine Grenzen gesetzt, von einer einmaligen kleinen Spende bis zur dauerhaften finanziellen Beteiligung - ein Schritt zur weiteren Erhaltung der Arbeit darstellen.

Im Folgenden sind Auszüge aus einem Dankschreiben unseres Geschäftsführers W. Raupach abgedruckt, in denen noch einmal deutlich auf die Lage bei ASF hingewiesen wird, in der es gelungen ist, die Gedenkstättenarbeit dennoch weiter fortzuführen.

"Erlauben Sie dennoch einige Hinweise, die unsere Situation erklären helfen sollen.

Wir standen bei Süh. Zeichen zu einem Zeitpunkt vor der Frage, ein neues Referat einzurichten, in dem durch erhebliche Defizite in 1984 und ein zu erwartendes noch höheres Defizit in 1985 nicht einfach eine Finanzlücke vorhanden war, sondern der Bestand des Vereins und die Gesamtarbeit erheblich gefährdet waren. Diese Gefahr ist noch nicht überwunden, obwohl wir uns um zusätzliche Finanzmittel bemühen und Einsparungen vorgenommen haben.

So haben wir die Richtzahl unserer Freiwilligen in den Ländern um 35 auf 140 reduziert und werden in diesem Zusammenhang die Arbeit in Großbritannien einstellen müssen. Wir werden die Arbeit in den USA auf 20 Freiwillige reduzieren. Die Entscheidung über die grundsätzliche Fortsetzung der USA-Arbeit ist jedoch noch nicht gefallen. Wir haben im Berliner Büro drei Stellen in der Freiwilligen-Arbeit (Niederlande/Frankreich) und im Bereich der Friedenswoche nicht wieder besetzt,

obwohl unsere eigene Diskussion bis zu diesem Zeitpunkt ergeben hat, daß im Bereich der Freiwilligen-Arbeit mindestens eine zusätzliche Kraft notwendig wäre. Im nächsten Jahr wird auch die Israel-Arbeit im Büro eine Stelle verlieren.

Angesichts dieser die Substanz berührenden Einsparungen haben wir der Gedenkstättenarbeit dennoch nach dem Schuldenabbau und der Fortführung der USA-Arbeit die höchste Priorität gegeben. Eine Zusage unsererseits für das Einrichten eines Gedenkstättenreferates mit einer Hauptamtlichenstelle in dieser Situation war einfach nicht zu geben.

Nun eine zumindest teilweise erfreuliche Nachricht: Durch eine Fremdfinanzierung haben wir die Stelle in der Gedenkstättenarbeit für die Jahre 1986 und 1987 gesichert. Nach allen Schätzungen ist aber eine Fortsetzung aus ASF-Mitteln über diesen Zeitraum hinaus völlig unsicher; wir sind zunächst froh, wenn wir bis zu diesem Zeitpunkt die angelaufenen Defizite abgetragen haben. Das heißt, wir haben zunächst einmal Zeit gewonnen. Jede in der Zwischenzeit eingehende Unterstützung verlängert diese Frist; wir werden aber dazu kommen müssen, den wesentlichen Teil der Gehaltskosten auch auf Dauer fremdzufinanzieren, müssen zusätzliche Finanzquellen erschließen, dabei auch über eine Beteiligung durch die Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen sprechen. Für jeden Hinweis auf zusätzliche Finanzquellen und für jede direkte Unterstützung sind wir

Die Anfänge

Die Geschichte einer zentralen Gedenkstätte in der Stadt Düsseldorf ist so alt wie die Nachkriegsgeschichte dieser Stadt. Wir sind nicht die ersten, die auf diese Geschichte hinweisen, aber wir haben die Hoffnung, daß wir die letzten sind, die sich mit dieser Frage befassen müssen.

Düsseldorf spielte in der Zeit des Nationalsozialismus eine nicht unbedeutende Rolle in Deutschland. Schon am 27.1.1932 sprach Adolf Hitler vor dem Industrie-Club. Nach der Machtergreifung war er mehrere Male in Düsseldorf, um unter anderem mit der hier ansässigen Industrie Gespräche zu führen.

Nachdem am 8. Mai 1945 die Zeit des Faschismus ein Ende fand, begann man mit dem Wiederaufbau auch in Düsseldorf. Ein Jahr später, am 24.1.1946, begann die Geschichte einer Gedenkstätte für die Opfer des Faschismus.

Der Hauptausschuß der Stadt Düsseldorf beschloß ein Mahnmal für die Opfer des Faschismus zu errichten. Der Vorschlag, an der Stelle, wo der Bergische Löwe (Königsallee) steht, ein Mahnmal zu errichten, wurde abgelehnt.

Ein Jahr verstrich. In der Zwischenzeit wurde eine öffentliche Ideenausschreibung initiiert, da man sich anscheinend nicht auf einen Standort einigen konnte.

Am 24.3.1947 tagte der Hauptausschuß erneut zu diesem Thema. Unter Punkt 4 der Tagesordnung wurde ein Preisrichterausschuß gegründet und das notwendige Geld für das Preisausschreiben bereitgestellt.

Als Standort für das zu errichtende Mahnmal einigte man sich auf das Gelände, auf dem das Schlageter Kreuz gestanden hatte.

Albert Leo Schlageter, Mitglied eines Freikorps, war von der französischen Besatzungsmacht 1923 wegen Sabotageakten zum Tode verurteilt und auf der Golzheimer Heide hingerichtet worden.

1931 errichteten die Nationalen Verbände ihm ein überdimensionales stählernes Kreuz. Nach 1933 wurde Schlageter als nationaler Märtyrer von den Nationalsozialisten verehrt. Dieses Denkmal wurde von den Nazis als Wallfahrtsort benutzt und in diesem Zusammenhang erhielt Düsseldorf den Namen "Schlageter Stadt".

Dieser Standort ist nicht nur wegen seiner nationalsozialistischen Vergangenheit von besonderer Bedeutung, sondern auch wegen der Tatsache, daß sich die Stadtverordnetenversammlung auch mit diesem Ort befaßte. Allerdings sollte dieser Platz zur Erweiterung des Nordfriedhofs verwandt werden.

Der Bildhauer Jupp Rübsam wurde nach dem Willen der Preisrichter mit der Herstellung des Denkmals beauftragt. Falls Sie glauben sollten, daß nun der Weg für die Errichtung einer Gedenkstätte frei gewesen wäre, so muß ich Sie enttäuschen. Es dauerte 11 Jahre, bis am Volkstrauertag, den 16.11.1958, das Denkmal enthüllt wurde.

Aber was ist aus dem Mahnmal für die Opfer des Faschismus geworden? Ein Denkmal im klassizistischen Baustil, das drei Nornen, germanische Schicksalsgöttinnen, darstellen soll, die die Begriffe Glaube, Liebe und Hoffnung symbolisieren. Ein Denkmal, das an Aussagekraft gänzlich verloren hat. Es ist ein Denkmal:

"Für die Opfer des politischen Terrors"

"Für die Opfer des Krieges und der Gefangenschaft"

"Für die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen"

Über 15 Jahre geschah in dieser Beziehung nichts Erwähnenswertes in Düsseldorf. Düsseldorf hatte sein Mahnmal und seine Ruhe. Die Gedenkstätte wurde in der Zwischenzeit auch von militaristischen Traditionsverbänden und Soldatenkameradschaften bis hin zur HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS) als ihre Gedenkstätte entdeckt.

Die Zeit während des Majdanek-Prozesses

Am 26.11.1975 wurde von der XVII. Schwurgerichtskammer des Landgerichts Düsseldorf das Verfahren gegen Hackmann u.a. eröffnet. Es handelte sich hierbei um die Eröffnung eines der größten deutschen Nazi-Prozesse, auch als Majdanek-Prozeß bekanntgeworden.

Angeklagt sind ehemalige SS-Angehörige des Kommandaturstabes des Konzentrationslagers Lublin/Majdanek in Polen. In Majdanek wurden in den Jahren 1941 - 1944 360.000 Menschen vernichtet. Der Prozeß wurde von Skandalen begleitet.

Der Freispruch von vier der Angeklagten während des Prozesses am 19.4.1979 irritierte die Gemüter in In- und Ausland.

Aber in Düsseldorf? Die Berichterstattung der Lokalpresse ließ überhaupt nicht vermuten, daß hier in unserer Stadt ein Nazi-Prozeß stattfindet. Am Rande des über fünf Jahre dauernden Prozesses konnte man folgende Ereignisse beobachten.

Während eines Planfeststellungsverfahrens, im Zuge der Neugestaltung der Ortsmitte von Gerresheim, wurde man auf ein Gebäude aufmerksam, das als ehemalige Synagoge identifiziert wurde.

Die Synagoge als Gedenkstätte erhalten

Von unserem Redaktionsmitglied Gerd Kallwasser

In Gerresheim steht eine der ältesten Kirchen Düsseldorfs, St. Margarete. Sie ist älter als die größte Kirche, die St. Lambertus in der Altstadt. Gerresheim ist schon ziemlich lang, als von Düsseldorf noch niemand sprach. In Gerresheim gibt es aber auch eine Art Erinnerung an die jüdische Vergangenheit. Ein Dokument der Grundbesitzkarte vom letzten Jahrhundert hat. Und es gibt dort eine Synagoge, ebenfalls aus jener Zeit.

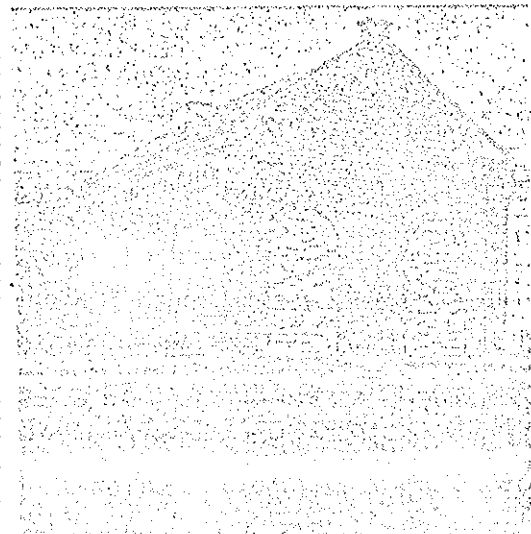
Beide als Zeugnisse aus der jüdischen Geschichte der Stadt zu erhalten, dafür setzt sich Dr. Wilfried Korte, der Direktor des Stadtmuseums, immer wieder ein. Bei einem Vortragsgespräch im Museum war jetzt von Planungsleiter Kurt Schmidt zu erfahren, daß jüdische in Bezug auf die Synagoge zu erhalten, in einem der Häuser in Wilfried Korte, heute die Buchvertriebs des Museums über die Geschichte der Ansiedlung der Juden in Düsseldorf, zu erhalten werden. Wie aber wird aus dem Gedenker der vielen Synagogen zwischen Rhein und Ruhr und zwischen Stadt und Land zu erhalten? In der Mitte der Stadt, hier die Möglichkeit einer Gedenkstätte für den Majdanek-Prozeß darzustellen, die seit einer Zeit in Düsseldorf im Gespräch ist.

Die Gerresheimer kennen das bestehende Netzwerk an Synagogen, das seit langem vom Verlust bedroht ist. Im März 1975, nach dem Verlust der Synagoge in

der Zeit, als Gerresheim noch eigenständig war, Anfang vorigen Jahrhunderts lebten 20 Juden unter den etwa 1000 Gerresheimern. Es waren eine kleine Gruppe, auch später noch, als unter preußischer Herrschaft eine Synagogengemeinde gegründet wurde. Zum Gottesdienst trafen sie sich in einem gemieteten Raum. Der wurde ihnen aufgelöst, als sie während des Kulturkampfes in den 1870er Jahren die religiösen Freiräume verließen. Einen anderen Raum zu bekommen, war unmöglich.

Es wurde der Plan zu einem beschleunigten Synagogenaufbau gefaßt, zu dem schließlich nach langen Hin und Her und heftigen Diskussionen auf der christlichen Seite von der Stadt Gerresheim in den 1880er Jahren ein 130 Quadratmeter großer Grundriss zur Verfügung gestellt wurde. Bis vor 1974.

Wenn das Haus fertig war, wie lange es als Synagoge genutzt wurde, hat im Mahnmal nicht genau gemessen werden können. Es wurde Gerresheim eine Gedenkstätte eingerichtet, wurde die Gedenkstätte für den Majdanek-Prozeß genutzt war. Es wurde der Plan gefaßt, zu dem schließlich nach langen Hin und Her und heftigen Diskussionen auf der christlichen Seite von der Stadt Gerresheim in den 1880er Jahren ein 130 Quadratmeter großer Grundriss zur Verfügung gestellt wurde. Bis vor 1974.



Kleinsteck, Foto vom 17. Dezember 1980
Auf dem Foto ist die Synagoge zu sehen.

Kurz danach, am 26.3.1981, beschließt der Rat der Stadt Düsseldorf auf Antrag der SPD-Ratsfraktion, eine Liste von Gebäuden und Örtlichkeiten in Düsseldorf zu erstellen, die im Dritten Reich eine Rolle gespielt haben, als Grundlage für die Anbringung von Gedenktafeln.

Dieser begrüßenswerte Beschluß kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Forderung nach einer zentralen Gedenkstätte, wie sie auch die Bezirksvertretung 1 am 21.8.1979 vorgeschlagen hat, damit nicht erfüllt wurde. Aus diesem Grund schreiben am 15.4.1981 engagierte Düsseldorfer Bürger an den Oberbürgermeister Kürten einen Brief, in dem sie nochmals auf die Wichtigkeit einer Gedenkstätte aufmerksam machen.

Ehemalige Gerresheimer Synagoge und Gedenktafeln in Düsseldorf

Unzufrieden mit dieser Situation initiiert die Sozialistische Jugend Deutschlands "Die Falken" eine Bürgerinitiative "Gedenkstätte Synagoge".

In der Gründungssitzung am 30.6.1982 beschließt man, sich für den Erhalt der ehemaligen Synagoge einzusetzen und zu einer Mahn- und Gedenkstätte nach Essener Beispiel auszubauen.

Die Initiative der "Falken" hatte auch nicht den gewünschten Erfolg. Sie scheiterte an Zuständigkeiten der Verwaltung und an der mangelnden Entschlossenheit der politischen Instanzen, diese Idee auch in die Tat umzusetzen. Aber nicht nur in diesem Fall kam man in Düsseldorf nicht voran. Der Ratsbeschluß vom 26.3.1981, an verschiedenen Gebäuden und Örtlichkeiten, die im Zusammenhang mit der Zeit des Nationalsozialismus stehen, Gedenktafeln anzubringen, war nun auch schon 1 1/2 Jahre alt. Die SPD-Ratsfraktion mußte in einer Ratsanfrage an diesen Beschluß erinnern.

Es dauerte weitere zwei Jahre, nämlich bis zur Sitzung des Kulturausschusses am 6.6.1984, bis der Ratsbeschluß vom 26.3.1983 in einem Teilschritt, an acht Stellen in Düsseldorf (17 waren vorgeschlagen) Gedenktafeln anzubringen, konkretisiert wird. Wann die Umsetzung erfolgt, ist bis jetzt noch ungeklärt.

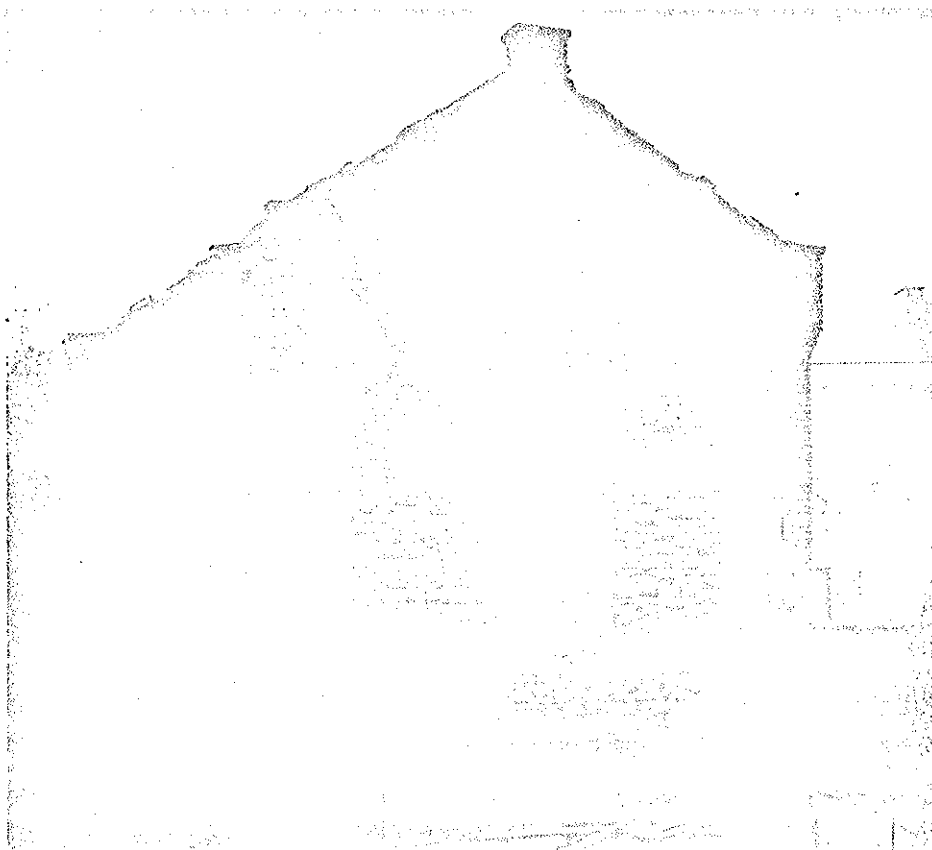
An diesem Beispiel wird sehr deutlich, daß die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus den Politikern und der Verwaltung dieser Stadt ausgesprochen schwer fällt.

Es soll nicht verschwiegen werden, daß sich einzelne Persönlichkeiten aus Politik und Verwaltung auch für eine Gedenkstätte eingesetzt haben oder durch die Aufarbeitung Düsseldorfer Stadtgeschichte einen Beitrag zur Bewältigung dieser Zeit beigetragen haben. Nichts kann aber darüber hinwegtäuschen, daß man generell nicht gerne an dieses Kapitel Düsseldorfer Geschichte herangehen will. Es ist nun fast 40 Jahre her, daß die Befreiung vom Faschismus vollzogen wurde und diese Stadt hat es immer noch nicht geschafft, den Opfern dieser Zeit ein würdiges Denkmal zu setzen. Schon so lange her?

Neonazis in Düsseldorf

In der Nacht zum Samstag, den 25.2.1984, brannte die ehemalige Gerresheimer Synagoge. Auf den Mauern des Gebäudes und in der Umgebung fand man eindeutig antisemitische Schmierereien.

Foto, Deutsche Presseagentur dpa vom 26. Februar 1984
Archiv Jugendring Düsseldorf



Zwei Jugendliche, angeblich in alkoholisiertem Zustand, hatten die ehemalige Synagoge angezündet. In der folgenden Zeit gab man sich redlich Mühe, die Täter als harmlose Jugendliche ohne politischen Hintergrund darzustellen. Aus der ganzen Stadt gab es empörte Stellungnahmen, die die Tat aufs schärfste verurteilten. Auch gab es Stimmen, unter anderem vom Kulturbetrieb, dem Heimatverein Alde Düsseldorf, der SPD-Fraktion, der SPD-Fraktion im Kulturausschuß und von verschiedenen anderen Organisationen, die sich für den Erhalt der Synagoge einsetzten.

Vom Rat Entscheidung „ohne Wenn und Aber“?

Bethaus als Mahnstätte

Jugendring ruft die Düsseldorfer zu Spenden auf

Von unserem Redaktionsmitglied Gerda Kaltwasser

„Eine Entscheidung ohne Wenn und Aber“ bei der Ratssitzung am 29. März forderte gestern vor der Ruine der ehemaligen Synagoge der Jüdischen Gemeinde Gerrerheim Klaus Reuter, der 2. Vorsitzende des Jugendringes. Gemeint war die Ent-

scheidung, die Reste des Hauses zu erhalten und es als Gedenkstätte einzurichten. Zu wenig sei in der Vergangenheit geschehen, um über den Nationalsozialismus aufzuklären, zu stark würden neo-nazistische Bestrebungen in der Jugend heute.

Der Jugendring Düsseldorf ruft zu Spenden auf, die es ermöglichen sollen, das Gebäude zu erhalten. Er weist darauf hin, daß seit Jahren die Vorschläge, den von den Kunsthistorikern als bemerkenswertes Kulturgebäude aus der Gründerzeit angesehene kleine Backsteingebäude hinter dem Neuser-Tor zu erhalten und zu einer würdigen Gedenkstätte der Opfer des Widerstandes auszubauen, von den Politikern der Stadt weitgehend mißachtet worden seien. Auch der Ratsbeschluss von vor drei Jahren, Stätten des Widerstandes in der Landeshauptstadt mit Gedenkplätzen zu versehen, sei bis heute nicht verwirklicht worden.

Zur Erinnerung: 1935 besuchte die kleine jüdische Gemeinde Gerrerheim das Geld auf, um ein Bethaus auf dem von der Stadt Gerrerheim zur Verfügung gestellten Grundstück zu errichten. Als 1932, am 1. April vor 75 Jahren, Gerrerheim nach Düsseldorf eingemeindet wurde, schloßen sich auch Gerrerheims Juden der Düsseldorfer Ge-

meinde an. Das Bethaus wurde verkauft, diente seitdem als Lagerraum, Werkstatt, Garage. Anfang dieses Jahres erwarb die Stadt Düsseldorf das Grundstück. Das Gebäude spielte dabei keine Rolle.

In der Nacht zum 25. Februar stiegen Brandstifter in das Gebäude ein. Weil sie das Tor nicht öffnen konnten, erkletterten sie trotz angeblicher Volltrunkenheit ein hochgelegenes Fenster, drangen ein und legten Feuer, sprühten auch hier und in der Nachbarschaft antisemitische Parolen an die Wände. Die Täter wurden gefaßt und sitzen in Untersuchungshaft.

Was nun? Stadtdechant Bernhard Heinrich, der ebenso wie SPD-Reichsrat Gerda Litgen und Mitglieder der Bezirksvertretung, der Vereinigung der Verbände des Naziregimes, Jugendamtsleiter Paul Saatkamp, junge Düsseldorfer und ältere Gerrerheimer der Einladung des Jugendringes zum Lokstermin gefolgt war, ließ sich mit großem Interesse Geschichte des Hauses und Absichten des Jugendringes erklären. Ingeborg Zacher vom Stadtmuseum betrachtete sorgfältig verholzte Balken, ausgehöhltes Gemäuer, Reste einer Anlage, die einmal durch ihre Schönheit in einer Umgebung alter Gärten und Obstbäume erröhrt. Die Jüdische Gemeinde Düsseldorf, beunruhigt durch antijüdische Schmierereien und bedrängt durch die schnelle Auflösung der Vorkommnisse durch die Kriege, hat schon vor Jahren wissen lassen, daß eine Beziehung zu dem Haus als Synagoge fehle.



Ortstermin vor dem ausgebrannten Haus.

R2-602, Gebot

Rheinische Post vom 28. März 1984
Archiv Jugendring Düsseldorf

Ortstermin des Jugendrings in Gerrerheim

Ein Baustein für die Synagoge von jedem Düsseldorfer

Heute soll der Rat die Entscheidung fällen
Von unserem Redaktionsmitglied Ulrike Gondorf

Eine Investition in die Zukunft forderte gestern morgen Klaus Reuter, der stellvertretende Vorsitzende des Jugendringes, angesichts eines „Schutthaufens“, der zerstörten ehemaligen Synagoge in Gerrerheim. Etwa 160 Gerrerheimer Bürger hatten sich dort eingefunden zum „Ortstermin Synagoge“, dazu Stadtdechant Heinrich, Jugendamtsleiter Saatkamp, Dr. Günter Tondorf von den „Alten Düsseldorfer“, Dr. Inge Zacher vom Stadtmuseum, das die Idee der Einrichtung einer Gedenkstätte unterstützt.

Nach dem Vorbild der Aktionen für den Schloßsturm und für die Glaskuppel des Aquariums möchte der Jugendring eine breite Spendenbewegung zustande bringen, die quer durch alle Gruppen der Bevölkerung geht und so deutlich macht, daß alle Düsseldorfer den aufkommenden neo-faschistischen Tendenzen ein deutliches „Nein“ entgegenzusetzen. Das könnte, so hoffte Reuter, eine Signalwirkung haben für uninformierte und labile Jugendliche, die in den Sog rechtsradikaler Gruppen zu geraten drohen. Dazu wurde bei der Kfz-Sparkasse Düsseldorf unter der Kontonummer 1039 571 ein Sonderkonto „Gerrerheimer Synagoge“ eingerichtet. Zu Schutzherrn der Aktion wünscht man sich alle drei Bürgermeister.

Damit eine solche Bürgeraktion für den Wiederaufbau der Synagoge Chancen auf Erfolg hat, wurde dringend an den Rat appelliert, auf seiner heutigen Sitzung eine Garantierung abzugeben, und zwar „ohne Wenn und Aber“, als politische Entscheidung, die nicht auf die bürokratische Ebene verschleppt werden dürfe. Die von SPD-Politikern vorgeschlagene Idee, für die Bauarbeiten arbeitslose Jugendliche einzusetzen, fand die Zustimmung des Jugendringes, da hier ein sinnfälliges Zeichen gesetzt werde. Denn gerade arbeitslose Jugendliche, zu denen auch die Brandstifter gehörten, zeigten sich empfänglicher für neo-faschistische Ideologien. Daß die Zerstörung der ehemaligen Gerrerheimer Synagoge und die antijüdischen Schmierereien an Häusern der Umgebung kein Einzelfall, sondern nur die spitzwärtliche Spitze des Eisbergs seien, vermutete Reuter aufgrund einer Untersuchung des Jugendrings in Jugendclubs der ganzen Stadt, die zur Zeit läuft und deren Ergebnisse im nächsten Monat vorgelegt werden. Deshalb wiederholte der Vertreter des Jugendrings die Forderung, die Synagoge nicht nur als Mahnmahl der Geschichte wieder aufzubauen, sondern auch die Gegenwart nachdrücklich mit einzubeziehen. Zu dokumentieren waren hier neben dem Nazischasmus vor allem die Ausländerfeindlichkeit. Wie damals die Juden abgelehnt wurden, so sind es heute die Türken.

Westdeutsche Zeitung vom 28. März 1984
Archiv Jugendring Düsseldorf

Mit Spenden wird Synagoge aufgebaut

hb. Düsseldorf, 28. März

Der Stadtjugendring hat die Forderung der jüdischen Gemeinde als Synagoge gestellt. „Gedenkstätten dieser Art gibt es in der Bundesrepublik nur noch wenige“, sagte Klaus Reuter, „Die meisten wurden während der Nazizeit zerstört.“

Der Stadtjugendring hat ein Spendenkonto eingerichtet: Kfz-Sparkasse Düsseldorf, Nr. 1039 571. Die Kosten der Restaurierung sind noch nicht bekannt.

Bild Düsseldorf vom 28. März 1984
Archiv Jugendring Düsseldorf

Aber schon in diesem Stadium regte sich erster Widerstand gegen die Forderung des Jugendringes Düsseldorf. Bevor wir auf die Ereignisse in Sachen ehemalige Gerrerheimer Synagoge weiter eingehen, noch einige Anmerkungen zu neo-nazistischen Übergriffen in Düsseldorf.

Als nach zwei Monaten sich an dem Gebäude in Gerrerheim noch nichts getan hatte (das Gebäude befand sich in dem gleichen Zustand, wie es nach den Aufräumarbeiten der Feuerwehr verlassen wurde; eine bauliche Absicherung fand nicht statt), setzte der Jugendring einen zweiten Ortstermin an. Auf unsere Einladung hin „hagelte“ es Absagen. Der große Rückzug begann. Fast alle, die sich bisher für den Erhalt der ehemaligen Gerrerheimer Synagoge eingesetzt hatten, waren nicht erschienen. Der Grund dafür war, daß der Ältestenrat der Stadt Düsseldorf beschlossen hatte, der Oberbürgermeister solle ein klärendes Gespräch mit allen Beteiligten führen, um in Sachen Gedenkstätte zu einer befriedigenden Lösung zu gelangen.

In der Zwischenzeit hatte die Jüdische Gemeinde eindeutig gegen den Wiederaufbau des Gebäudes votiert. Wie ist aber wie zwischen Herrn Spiegel (Jüdische Gemeinde) und Herrn Reuter (Jugendring Düsseldorf) besprochen, für eine Gedenkstätte in Düsseldorf, nur nicht an diesem Ort.

Daraufhin ging der Jugendring Düsseldorf von der Forderung ab, die ehemalige Synagoge zu erhalten. Es ging dem Jugendring mehr um die Errichtung einer Gedenkstätte in Düsseldorf, die an die Opfer des Faschismus erinnern soll, als um uneffektive Standortdiskussionen.

Das Gespräch mit dem Oberbürgermeister fand am 13.6.1984, einen Tag vor der Ratssitzung, statt. Dieser Termin war, wie sich später herausstellen wird, ein ausgeklügelter Schachzug.

In dem Gespräch versuchte man den Anwesenden zu verkaufen, daß der zu erwartende Anbau des Stadtmuseums der prägnanteste Ort für eine Gedenkstätte sei. Dieses wurde vom Jugendring und anderen Anwesenden entschieden abgelehnt, da die Dokumentation der Zeit von 1933 - 1945 eine Sache, die Errichtung einer Gedenkstätte über eine andere sei. Am Ende der Sitzung konnte man zu keinem gemeinsamen Beschluß

Ein Gedenk-Zimmer

- 5 -

Von unserem Redaktionsmitglied Gerda Kaltwasser

Im Rat der Stadt wurde gestern der Weg freigegeben für den dritten Bauabschnitt des Stadtmuseums an der Bäckerstraße. Zusätzlich wurde die Verpflichtung aufgenommen, in diesem Neubau ein Zimmer einzurichten, in dem des Schicksals der jüdischen Bürger der Stadt und des Widerstandes gegen die Nationalsozialisten gedacht wird.

Dieser Beschluß ist das Ergebnis eines Gesprächs, das Oberbürgermeister Josef Kürten mit Vertretern der Fraktionen, der jüdischen Gemeinde, der Jugendrings, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Vereinigung der Verfolgten des Nazire-

gimes und der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit über das Schicksal der ehemaligen, vor kurzem durch Brandstiftung zerstörten kleinen Gerresheimer Synagoge hatte. Bei diesem Gespräch hatte der Sprecher der Jüdischen Gemeinde, Paul Spiegel, Gelegenheit, zu erklären, daß für sie dieses Gebäude, das von der Gerresheimer jüdischen Gemeinde schon 1909 verkauft worden war und als Fabrik- oder Lagerhalle gedient hat, keinerlei religiöse Bedeutung besitzt. Für eine Gedenkstätte an zentraler Stelle der Stadt Düsseldorf sei die Jüdische Gemeinde zu finanzieller Unterstützung bereit.

Rheinische Post vom 15. Juni 1984
Archiv Jugendring Düsseldorf

Somit ging ein weiteres Kapitel "Zentrale Gedenkstätte" in Düsseldorf zu Ende.

Fachtagung des Jugendrings zeigte:

Rechtsradikalismus keimt in Jugendclubs

Ursache: Mangelndes politisches Wissen

„Rechtsradikalismus in Düsseldorf“ war das Thema der jüngsten Arbeitstagung des Jugendrings, an der 52 hauptamtliche Mitarbeiter aus der offenen Jugendarbeit teilnahmen, um über Ursachen und Ausmaß des Rechtsradikalismus unter Jugendlichen zu diskutieren.

Sie kamen zu dem Schluß, daß in Düsseldorf rechtsradikale Gruppen bestehen, beispielsweise im Umkreis einiger Motorradclubs und Fortuna-Fan-Clubs, die zunehmend aktiver werden. Die Bereitschaft zur Anwendung körperlicher Gewalt sei, wie jüngst die Explosion einer selbstgebastelten Bombe am Heisenplatz beweise, in diesen Gruppen durchaus vorhanden. Deutlich in Erscheinung trete bereits jetzt ein verbaler Rechtsradikalismus, der sich in Antisemitismus und Hetzparolen gegen Ausländer niederschlägt.

Die zunehmende ökonomische Drucksituation, die Arbeitslosigkeit, der Mangel an Zukunftsperspektiven, die engen Verhältnisse der Großstadt, die dem Abenteuerdrang keine Entfaltung gewähren, während für motivierende Jugendarbeit, Ausflüge und Ferienfahrten immer weniger Geld vorhanden sei, sowie das mangelnde geschichtliche und politische Wissen der Jugendlichen bezeichneten die Jugendbetreuer als mögliche Ursachen der bedrohlichen Tendenz. Sie verbanden damit den Appell an alle Verantwortlichen, diese Entwicklungen nicht zu verharmlosen und rechtzeitig gegenzusteuern. Auf seiner nächsten Tagung will der Jugendring pädagogische Hilfestellungen erarbeiten, die den Mitarbeitern ermöglichen sollen, gezielt in den rechtsradikalen Dunstkreis einzuwirken.

Ulrike Gondorf

Westdeutsche Zeitung v. 1. Juni 1984
Archiv Jugendring Düsseldorf



Mit einer Pressekonferenz am 22.2.1985 begann der Jugendring eine Großaktion, um nun endlich die gewünschte Mahn- und Gedenkstätte für Düsseldorf zu erhalten. Das Jahr der Jugend und der 8. Mai sollen diese Forderung politisch unterstützen. Es werden 25.000 Faltblätter publiziert und der öffentliche Druck wird spürbar größer.

Jugendring: Gedenkstätte für Opfer des NS-Regimes in der „Reuterkaserne“

Im Keller folterten die Nazis

Gespräch mit Oberbürgermeister Bungert „ermutigend“ / Bitte um breite Unterstützung
Von unserem Redaktionsmitglied Marion Hänschen

Während der Majdanek-Prozess in Düsseldorf lief – er wurde am 26. November 1975 vor der XVII. Schwurgerichtskammer des Landgerichts eröffnet – wollten junge Leute irgendwann einen Kranz zum Gedenken an die KZ-Opfer niederlegen. Doch die mahnende Geste mußte unterbleiben: Es gab in Düsseldorf keinen Ort dafür.

Zeitzeugen

Seit dieser Zeit bemüht sich der Stadtjugendring unablässig darum, eine solche Stätte des Gedenkens einzurichten. Jetzt unternimmt er seinen „letzten Versuch“: Die Pfandleihanstalt an der Straße Reuterkaserne bietet sich als historisch authentischer Ort an. In ihrem Keller folterten Nazis Schergen Gefangene. Es gab einen Ortstern mit Zeitzeugen.

Klaus Reuter, stellvertretender Vorsitzender des Jugendrings, koordiniert diese neue Initiative. Ein erstes Gespräch mit Oberbürgermeister Bungert verlief „ermutigend“. Man fand nicht nur Verständnis, sondern der OB intervenierte auch gleich beim Wissenschaftsministerium mit der Bitte, das möge rund 400 Quadratmeter Kellerraum zu diesem Zwecke überlassen.

Zur Zeit gehört die Pfandleihanstalt – der Jugendring hat sie „Reuterkaserne“ nach der Straße genannt – noch der Stadt. Sie beherbergt das Planungamt, das in diesem Jahr auszieht. Danach erhält es die „Kunstakademie“ zur Nutzung, womit der Bau in die Kompetenz des Wissenschaftsministeriums übergeht.

Reuter und mit ihm die 16 im Jugendring organisierten Verbände mit über 50 000 Mitgliedern hoffen jetzt vor allem auf große Resonanz aus der Öffentlichkeit. Unterstützung für das Projekt wünschen sie sich ferner nicht nur von allen politischen Parteien, sondern auch von den zahlreichen Vereinen der Stadt. Der Kalender

tiert die Forderung, 1979 schienen sich ein Erfolg abzuzeichnen: Die BV 1 beschloß, dem Rat die Einrichtung einer Gedenkstätte zu empfehlen. Erst zwei Jahre später wurde darüber verhandelt: Man einigte sich auf Gedenktafeln. Aber: Nichts geschah. 1982 wurde der Jugendring erneut aktiv – wieder ohne Erfolg.

Gedenkstätte zusammenzubekommen. Erste Schwierigkeit: Der damalige Oberbürgermeister Kürten verweigerte die Schirmherrschaft. Dabei hatte er 1957 als Vertreter der katholischen Jugend die Satzung des Jugendrings mit unterschrieben, in der als Ziel u. a. formuliert ist: „... ein Aufheben militärischer, nationalistischer und totalitärer Tendenzen mit allen Kräften zu vermeiden“. Als jedoch die jüdische Gemeinde gegen das Vorhaben war, ließ der Jugendring den Plan fallen.

Wieviel Erfolg dem jetzigen Versuch beschieden ist, ist offen. Konkret dagegen sind Vorstellungen für die „Reuterkaserne“: Angelehnt an ähnliche Gedenkstätten in Köln und Essen, soll es eine ständige und eine wechselnde Ausstellung geben – vor allem aber soll die Mahnstätte fest in den Schulunterricht eingebunden werden.

Tradition

Sie soll einen umfassenden Überblick über das Leben zur Zeit des Dritten Reichs geben: über den Widerstand, verbunden mit Namen wie Probst, Stetz oder den vielen Namenlosen des Gerrerheimer Arbeiterwiderstandes. Aber auch aktuelle neonazistische Umtriebe sollen thematisiert werden.

Das zähe Ringen um ein Mahmal für die Opfer des Nazi-Regimes hat in Düsseldorf Tradition: Schon 1947 gab es im Rat einen Beschluß, dann kamen erst elf Jahre danach die – fragwürdigen – Normen am Nordpark.



Im Keller der „Pfandleihanstalt“, die der Jugendring „Reuterkaserne“ nennt, soll die Mahn- und Gedenkstätte endlich entstehen.
Foto: Jürgen Reitzlaff

begünstigt das Vorhaben: Schließlich fährt sich der Tag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai zum vierzigsten Male. Reuter: „Wir können nicht mehr bis zum 50. Jahresag warten.“

Geduld und Beharrungsvermögen in dieser Sache hatte der Jugendring wahrlich genug. Seit 1975, wie gesagt, da-

Im Vorjahr dann, fast auf den Tag genau, verübten Neonazis den Brandanschlag auf die Gerrerheimer Synagoge. Es gab Erklärungen vom damaligen OB Kürten, von Oberstadtdirektor Högener, der Rat beschloß, das Gebäude zu sichern. Der Jugendring wollte eine Spendenaktion starten, um so Mittel für die Umwandlung in die längst überfällige

Aber auch 1985 versucht man die Mahn- und Gedenkstätte zu verhindern, indem man die Standortdiskussion führen will.

Durch eine initiierten Briefschreibaktion an den Oberbürgermeister, die eine durchschlagende Wirkung zeigte, wurde diese Strategie entkräftet.

Diskussion um eine Gedenkstätte geht weiter

Peitschenhiebe im Altstadtkeller

Pfandhaus oder des Städtchens Mühlenstraße?

- 7 -

Rheinische Post
vom 19.3.85

Einige Dutzend Jung-Düsseldorfer, so jung, daß ihre Eltern kaum etwas von Krieg und Nazi-Zeit erzählen können, zwei ältere Herren, die die siebzig längst hinter sich haben, dazu Vorstandsmitglieder des Düsseldorfer Jugendrings gingen gestern im ehemaligen Pfandhaus an der Reuter-

kaserne Stufen hinab in die Kellerräume. Hier waren 1934 der Düsseldorfer Schuhmachermeister Peter Busch und viele seiner Gesinnungsfreunde, unter ihnen Hermann Laupsien, einer der beiden älteren Herren, von Nationalsozialisten bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen worden.

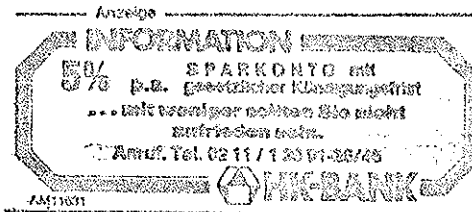
Peter Busch, nach dem Krieg Obermeister, dann Ehrenobermeister der Düsseldorfer Schuhmacher-Innung, hat die Szenen mit den Peitschenschlägen, der blutbeschniemenen Kellerecke im alten Gebäude zwischen Rhein und Kunstakademie in dem Buch „Einiger, der dagegen war“ geschildert. Gestern hörten die jungen Düsseldorfer an Ort und Stelle etwas von „einem, der

Kapitel, von dem Nazi-Opfer vor allem von der linken Seite des Widerstands berichten können.

Widerstand, so Werner Sterzenbach und Hermann Laupsien, beide Lagern und Gefängnissen entkommen, wurde in Düsseldorf vor allem von kommunistischer Seite und den organisierten Jung-Katholiken geleistet. Flugblätter rieselten vom Wilhelm-Marx-Haus, unter Lebensgefahr für die Widerständler, eine rote Fahne rollte über eine elektrische Freileitung über den Rhein. Viel versprach man sich bei der Machtergreifung Hitlers 1933 von einem Generalstreik. Aber die Gewerkschaften machten nicht mit, die Arbeiter hatten zu viele Rückschläge und durch die Arbeitslosigkeit zuviel Not erlitten. Überdies glaubten weder links noch in der Mitte (Zentrum) stehende Deutsche, daß der „Braune Spuk“ länger als ein paar Wochen, höchstens Monate dauern würde.

Zwölf Jahre wurden daraus, so viele, wie in Düsseldorf später für das Mahnmal am Nordfriedhof gebraucht wurden. Jetzt steht also ein neues Mahnmal zur Debatte. Vielmehr: seit einem Beschluß des Ältestenrates, der gestern gefaßt wurde, deren zwei. Denn auch das Stadthaus an der Mühlenstraße, so der Ältestenrat, sei für eine Mahn- und Gedenkstätte geeignet, da dort bis 1935 das Polizeipräsidium untergebracht war und erwiesenermaßen Menschen gequält worden seien.

Die Landesregierung übrigens machte, ebenfalls gestern, klar, daß sie nicht grundsätzlich gegen eine Gedenkstätte in dem künftigen Nebengebäude der Staatlichen Kunstakademie sei. Das Land sei aber nicht in der Lage, Kosten für die Gedenkstätte mitzutragen, da müsse sich schon die Stadt bemühen. Der Jugendring bat längst seine Bereitschaft erklärt, dabei zu helfen.



dagegen war.“ Denn der Jugendring sucht, die RP berichtete mehrfach darüber, in Düsseldorf eine Stätte, an der geschichtsgetreu des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus gedacht werden kann. Das Mahnmal nahe dem Nordfriedhof, allen Opfern der Gewalt errichtet, genügt ihm nicht. Der Keller des Hauses südlich der Oberkasseler Brücke, das demnächst der Staatlichen Kunstakademie als dringend nötige Dependance zugeschlagen wird, erschien ihm geeignet. Hier könnten Zeugnisse jener Zeit gesammelt, könnte der Opfer gedacht werden, könnten Jugendgruppen lebendigen Geschichtsunterricht erhalten.

Der erste Schritt dazu wurde gestern getan, mit der Besichtigung und einer anschließenden Fragestunde, bei der die jungen Leute wissen wollten, wie der Widerstand sich nach 1933 formierte, wohl auch, warum er nicht wirkungsvoller war, und wie die Entschädigung der Opfer nach 1945 ausgesehen habe. Das letzte ein trübes

im Polizeipräsidium

Rat einstimmig für Mahn- und Gedenkstätte

Einstimmig sprach sich der Rat der Stadt in seiner Sitzung am 2. Mai für die Einrichtung einer Mahn- und Gedenkstätte in den Räumen des früheren Polizeipräsidioms im Haus Mühlenstraße 29 aus. Es handelt sich dabei um die Räume rechts des Eingangs mit den darunter liegenden Kellerräumen. Der Rat beauftragte die Verwaltung, bis zur Sitzung am 13. Juni planungsreife Unterlagen zu erstellen und die Kosten für den Ausbau und die Einrichtung zu ermitteln.

Die Einrichtung an der Mühlenstraße, hier sind zur Zeit Räumlichkeiten der Stadtverwaltung, ist gedacht als zentrale Düsseldorfer Mahn- und Gedenkstätte für die Opfer des nationalsozialistischen Regimes in der Landeshauptstadt. Die Bitte nach der Errichtung einer solchen Gedenkstätte ist von verschiedenen Düsseldorfer Verbänden, insbesondere dem Jugendring, an die Verwaltung herangetragen worden.

Die von der Verwaltung für die Juni-Sitzung des Rates zu erarbeitende Vorlage soll auch ein Konzept für die zukünftige Arbeitsgestaltung des Hauses enthalten.

Schließlich beschloß der Rat der Stadt Düsseldorf am 2. Mai 1985 die Errichtung einer Mahn- und Gedenkstätte in den Räumen der des Ehemaligen Polizeipräsidioms an der Mühlenstraße.

Zur Zeit befinden wir uns bei der Konzeptionierung der Mahn- und Gedenkstätte. Bei einer der nächsten Tagungen werden wir sicherlich über den neuesten Stand berichten können.

Peter Lukasczyk
Geschäftsführer
des Jugendringes Düsseldorf

Zur Diskussion

Bemerkungen zur Diskussion um Inhalte und Form der Gedenkstättenseminare (T.L.)

Der Kreis der Gedenkstätten/Initiativen, die der Koordinierungsstelle bei ASF bekannt sind, erweitert sich ständig.

Alte Initiativen haben viele Erfahrungen, viele Erfolge, neue fangen beim "Null-Punkt" an.

Dies hat auch Auswirkungen auf die Gedenkstättenseminare, einem wichtigen Treffen zum Erfahrungsaustausch und der Koordination. Manche Teilnehmer nehmen zum x-ten Male am Seminar teil, andere sind zum ersten Mal anwesend. Daraus ergibt sich ein sehr unterschiedlicher Anspruch an die Seminare, der durch verschiedene Arbeitshintergründe, politische Positionen und persönliche Verhaltensweisen eher verstärkt wird.

Da die Koordinationsstelle bei ASF vorläufig gesichert ist, sollten wir uns darum bemühen eine Struktur für den "Arbeitskreis der Gedenkstätten" und damit den Seminaren zu finden, in denen wir möglichst sinnvoll und intensiv arbeiten können und die unterschiedlichen Positionen möglichst gut miteinander verbunden sind. Zur Entwicklung der Seminare, insbesondere der letzten beiden, sind im Folgenden zwei schriftliche Stellungnahmen, von Angela Genger und Andreas Ruppert, abgedruckt.

Bei meinen Rundreisen und Gesprächen habe ich auch viele andere Positionen gehört, die jedoch leider nicht schriftlich vorliegen. Daher habe ich diese beiden Papiere abgedruckt, in der Hoffnung, daß durch die hier vorliegenden Stellungnahmen auch andere angeregt werden und wir auf dem Seminar im Emsland in einer konstruktiven Diskussion zu einer vernünftigen Struktur für die kommende Zeit finden werden.

Auch ein Grund für den Abdruck der beiden Statements war, daß ich der Meinung bin, daß bereits vorliegende Papiere eine Diskussion leichter in Gang bringen können.

Andreas Ruppert wird auf dem Seminar im Emsland als Diskussionspartner anwesend sein, aus der "Alten Synagoge" ist leider niemand in Papenburg, was ich schade finde, da zu dem Papier von Angela Genger sicher auch Rückfragen erfolgen werden.

Meiner Einschätzung nach müssen bei einer Diskussion über die Seminarstrukturen folgende Punkte angesprochen werden:

- Seminarteilnehmer: Möglichst offen, auch mit Gästen, oder nur Vertreter von Gedenkstätten und Initiativen, bis hin zur Beschränkung der Teilnehmer pro Gedenkstätte?
- Inhalte: Erfahrungsaustausch und/oder inhaltliche Themenschwerpunkte?
- Anzahl und Dauer der Seminare?

Für eine intensive Diskussion wäre eine Vorüberlegung innerhalb der einzelnen Gedenkstätten/Initiativen sicher wichtig.

Um die Diskussionsergebnisse in die Planung des nächsten Seminars umsetzen zu können, ist vom 8. November 16h bis 9. November 16h ein Vorbereitungstreffen im "Assa-von-Kram-Haus", 3588 Homberg/Hülsa, bei Kassel, geplant.

Unterkunft und Verpflegung sind frei, die Fahrtkosten müssen wir umlegen.

Ich halte es für wichtig, daß zu diesem Treffen möglichst aus vielen Gedenkstätten/Initiativen Vertreter anwesend sein werden.

"Rundschlag am Mittag" (3 Tornados)

Nachbemerkungen zum Gedenkstättenseminar im Mai 1985 in Wewelsburg

Ausgangspunkte dieser Bemerkungen sind meine starken Gefühle von Depression und Frustration nach dem Seminar im Allgemeinen und der AG zur SS-Ideologie im Besonderen; sie ließen mich Lust und Interesse an solchen Veranstaltungen verlieren, doch erschien mir der individuelle Rückzug auch nicht als die einzige sinnvolle Lösung...

Die Bemerkungen zielen auf die grundsätzliche Struktur und auf grundsätzliche Tendenzen der Seminare; danach folgen noch einige Anmerkungen zu konkreten unangenehmen Erfahrungen.

1. Das ursprüngliche Motiv für regelmäßige bundesweite Treffen von Mitarbeitern in Gedenkstätten und -inis war das Interesse, dieses ganze, seit Ende der 70er Jahre anwachsende-Spektrum in seinen Personen und in seinen konkreten Inhalten kennenzulernen, Erfahrungen auszutauschen, Entwicklungen einzuschätzen, Möglichkeiten der Kooperation und v.a. der gegenseitigen Unterstützung abzuwägen. Die beiden ersten überregionalen Treffen im Oktober 1983 in Hannover und im April 1984 in Berlin waren in der Verbindung von Erfahrungsaustausch und Vorstellung konkreter Projekte am Tagungsort (Außenlagerausstellung in Hannover; Pläne zum Widerstandsmuseum in Berlin) von diesem Motiv geprägt; allerdings gab es auch hier schon den Mangel, daß wichtige Fragestellungen aus dem Bereich der eigenen Arbeit der Seminarteilnehmer, v.a. Fragen der Gedenkstättenpädagogik, ausgeklammert und verschoben wurden. Da sich daran, trotz eines speziellen Vorbereitungstermins im Dezember 1983 in Bremen, nichts änderte, sind noch andere als nur organisatorische Gründe anzunehmen, vgl. Punkt 5, s.u..

Mit dem Seminar in Essen im Oktober 1984 änderte sich die Struktur dahingehend, daß thematische Schwerpunkte gesetzt wurden und der Kreis der Teilnehmer über den Kern der Mitarbeiter in Gedenkstätten und -inis erweitert wurde; beides birgt eigene Probleme.

Die thematischen Schwerpunkte ("Verfolgung und Vernichtung der Juden als Thema der Gedenkstättenarbeit" in Essen; "SS-Ideologie und Neonazis" in Wewelsburg), durch Grundsatzreferate pointiert, sollten natürlich in der konkreten Verbindung zu den einzelnen Arbeitsbereichen der Seminarteilnehmer diskutiert werden; eben dies ist weder in Essen noch in Wewelsburg geschehen. Dabei bleibt für Essen allerdings zu unterstellen, daß der Mangel an konkreter Darstellung im Mangel der konkreten Arbeit begründet war, daß das gewählte Thema in der Arbeit der Gedenkstätten offenbar keine Rolle spielt.

Es ist jedoch deprimierend, daß die Auseinandersetzung sich in dieser Feststellung erschöpft und es aus dem Seminar heraus keinerlei Ansätze gibt, diesen Mangel zu verändern. Wenn diese Einschätzung stimmt, sehe ich solche Treffen mit solcher Thematik als verfehlt an. Allgemeine Einschätzungen zu Themen aus dem Bereich der Zeitgeschichte sind mir auch anderweitig verfügbar. Der Sinn der Seminare von Gedenkstättenvertretern sollte in der Verbindung der Themen mit der konkreten Arbeit bestehen, womit ich Darstellungen, Diskussion, Anregung und Konsequenzen meine. Dies zu gewährleisten ist auch eine Frage der Organisation, mehr jedoch der Bereitschaft, sich darauf einzulassen. Ich halte es für notwendig, daß inhaltliche Beiträge aus den Gedenkstätten schon vorher vorliegen (wie z.B. der Text der Essener Museumspädagogen zu ihren Erfahrungen mit Neonazis); daß während des Seminars die eigene Arbeit eingebracht wird; daß die Thematik nicht mit dem Ende des Seminars erledigt ist, sondern weitere Beiträge, Konsequenzen usw. noch einmal zur Sprache kommen, z.B. in den Rundbriefen oder während der jeweils folgenden Seminare.

Daß die Verbindung der Schwerpunktthemen mit der konkreten Arbeit auch in Wewelsburg nicht gelang, lag allerdings auch stark an den Formen der Auseinandersetzungen, die ich ebenfalls als außerordentlich deprimierend empfand; dazu s.u. Punkt 3.

2. Die Tendenz, den Kreis der Teilnehmer über den der Mitarbeiter in Gedenkstätten und -inis hinaus zu erweitern, wurde durch die Ansprüche der finanziellen Träger eingeleitet, die keine internen "Weiterbildungsveranstaltungen" fördern wollten; dazu kam inhaltlich die Sorge, man könne sich im Kreis drehen und zu stark gegen Anregungen von außen abschotten.

Ich setze dagegen, daß ich nach wie vor den Schwerpunkt in der Auseinandersetzung der Gedenkstättenmitarbeiter untereinander sehe; ich empfand, in Wewelsburg stärker als in Essen, die Teilnahme einiger, die nicht in diesem engen Bereich arbeiten, als eher störend. Diese Scheinöffentlichkeit förderte die sowieso angelegte Tendenz, komplizierte Fragestellungen auf allgemeinere Ebenen zu verlagern und die konkrete Auseinandersetzung um die konkrete Arbeit zu verhindern. Das mag nicht immer völlig ungelegen gewesen sein.

Ich sehe keine Notwendigkeit für die Öffnung gegenüber einer Scheinöffentlichkeit. Wir leben und arbeiten nicht in Elfenbeintürmen, sondern sind in unserer Gedenkstättenarbeit ständig mit den unterschiedlichsten gesellschaftlichen und politischen Kräften in Berührung, die uns zur Stellungnahme zwingen. Darüberhinaus stehen uns natürlich sämtliche üblichen Informationsmöglichkeiten zur Verfügung, dazu auch die Teilnahme an themenspezifischen, in der Auswahl der Teilnehmer nicht begrenzten Seminaren.

Die Gefahr, sich in der eigenen Thematik gänzlich zu verlieren, schätze ich angesichts der Erfahrung sehr gering ein, daß diese Thematik bisher überhaupt erst gestreift wurde und niemals zentrales Anliegen war. Das sollte sie jedoch m.E. gelegentlich einmal sein.

3. Was mir in Wewelsburg außerordentlich unangenehm auffiel und die Arbeit erheblich behinderte, waren das Desinteresse und/oder die Unfähigkeit einer Reihe von Teilnehmern, sich auf neue, d.h. vor allem ihren bisherigen Erkenntnissen und Argumentationssträngen nicht parallel laufende, sie vielleicht sogar in Frage stellende Gedankengänge einzulassen. Da fehlte nicht nur jede Lust zum geistigen Transzendieren, dazu, neue Ansätze einmal gedanklich durchzuspielen, im Gegenteil wurde solche Lust blockiert und zerstört, in großer Angst vor Irrtümern und Sackgassen, in denen man/frau zur Umkehr gezwungen sein könnte. Die Rettung war oft die Flucht in die Wiederholung der eigenen Deklamationen, womit zugleich die Möglichkeiten eines brain-storming in der Diskussionsrunde versperrt wurden.

Dies wurde sehr deutlich sowohl in der Reaktion auf die Vorträge von Arno Klönne und Bernd Wegener wie auch auf die der AG zugrunde gelegten Thesen, die sich eng an Wegener anlehnten. Wegener, dem, wie bekannt, vom Veranstalter ein klar begrenztes Thema vorgegeben war, wurde vorzüglich alles das vorgehalten, worüber er nicht referierte; zugleich mündeten diese Vorhaltungen, sowohl nach dem Vortrag wie in der AG, in die schrecklichen Koreferate, die die Zuhörer- und Diskussionsrunde zu Froseminarteilnehmern zu degradieren versuchten. Es gab dabei überhaupt keine Bereitschaft, sich auf, immer wieder einmal im Ansatz artikulierte, Denkansätze einzulassen: weder auf die Frage nach einem möglichen "ideologischen Überschuß" noch auf die Hinweise auf die Komplexität von Geschichte, die sich nicht auf einige wenige Gesetzmäßigkeiten reduzieren lasse. Jeder Versuch dazu, sei es über die Thesen etwa oder über Fragen nach konkreter Praxis in einzelnen Gedenkstätten, wurde bewußt so massiv zerstört, daß ich es als unverschämte und als geistige Unterdrückung par excellence betrachten mußte. (Daß diese Ansätze oft doch von nicht in der Gedenkstättenarbeit Stehenden kamen, relativiert natürlich die Aussage im Abschnitt 2, Absatz 2).

Es fehlte aber schon von Anfang an die Bereitschaft, überhaupt zuzuhören. Dabei wurden die formalen Bedingungen für den Diskurs - die Bereitschaft, jemanden ausreden zu lassen, die Regeln der Rednerliste u.a. - benutzt, um sie inhaltlich zugleich zu unterlaufen und den Diskurs nicht stattfinden zu lassen. Es war zuweilen kein Diskurs, sondern das Warten auf Gelegenheiten zur Deklamation der eigenen Grundsätze; der Vertreter des Asta a Bonn hat das ja nach beiden Vorträgen sehr schön anschaulich gemacht.

Für mich stellt sich allerdings die Frage, warum sich eigentlich Teilnehmer, die das durchschauen und später ihren Unmut deutlich äußern, nicht dagegen wehren, sondern sich ihr Interesse am Diskurs so zerstören lassen? Es sind eigentlich zwei Fragen: die nach der Ursache für die geistige Unbeweglichkeit, und die nach der Resignation gegenüber offensichtlichen Selbstdarstellungsversuchen.

4. Es sei noch die Beobachtung angefügt, die ich in Wewelsburg als Bestätigung früherer Vermutungen ansehe. Ich habe den Eindruck, daß die Gedenkstättenseminare für die Teilnehmer aus dem Bereich des Dokumentenhauses Neuengamme auch als Gelegenheiten gesehen werden, um sich über interne Schwierigkeiten ihrer Arbeit vor Ort zu verständigen. Das ist problematisch und ich denke, daß dafür Zeit während der anderen 361 Tage des Jahres sein sollte. Ich empfand das schon als störend, solange es intern war, weil Kommunikationsstränge dabei gekappt wurden; in Wewelsburg aber empfand ich es als unerträglich, wenn, wie ich es für die AG zur SS-Ideologie behauptete, eine Diskussionsrunde zum Forum gruppeninterner Profilierungskämpfe der InDoNeu umfunktioniert wurde. Manche Beiträge, die zuweilen süffisant mit dem Hinweis eingeleitet wurden, man habe jetzt zwar zum Diskussionsverlauf nichts beizutragen, stehe aber zum Glück auf der Rednerliste, waren für mich nur als solche Konkurrenzkämpfe verstehbar und ich habe überhaupt keine Lust, mir mein Interesse an Auseinandersetzungen und fruchtbarer Kommunikation durch solche Rituale zerstören zu lassen.

Aus dieser Erfahrung heraus komme ich zur recht rigiden, autoritären (und damit natürlich bedenklichen) Forderung nach einer Begrenzung der Teilnehmerzahl aus den einzelnen Gedenkstätten und -inis.

5. Desweiteren wurde für mich in Wewelsburg zur Gewißheit, was zuvor eine - wenn auch gut begründete - Vermutung war: daß Teilnehmer aus einzelnen Bereichen sich massiv dagegen sperren, die Umsetzung ihrer Ansätze in der Gedenkstättenarbeit offenzulegen, in den Diskurs einzubringen und mögliche Defizite dabei in Frage stellen zu lassen. Ich durchschaue die Ursache dabei nicht; jedoch scheint mir die Angst, sich auf neue Gedankengänge einzulassen, mit eben jener parallel zu gehen, die eigene Arbeit in Frage stellen zu müssen. Eine Reihe von Diskussionsbeiträgen, auch in der AG, erschien mir so als - u.U. unbewußte - Ablenkungsstrategie.

Aber genau diese Auseinandersetzung mit der konkreten Praxis in der konkreten Gedenkstätte, zu der auch die - eigenen - Defizite gehören, bedingt mein Interesse an solchen Treffen; das ist der Austausch, um den es mir geht und der bisher immer verschoben wurde.

6. Als letzten Punkt nun ein eher formal erscheinender: mich hat es auf allen vier genannten Treffen gestört, daß Teilnehmer offensichtlich Schwierigkeiten auch mit niedrigen Schwellen formaler Disziplin haben. Es ist unangenehm, wenn Gesprächspartner, an denen man/frau ja interessiert ist, zu spät kommen und zum Ausgleich früher abreisen, damit sich und ihre Beiträge zugleich der Auseinandersetzung entziehen; es ist ebenfalls unangenehm, wenn aus dem Bereich einzelner Gedenkstätten, um es sportlich zu fassen, die Mannschaften zur Halbzeit ausgewechselt werden, sodaß ebenfalls keine kontinuierliche Kommunikation möglich ist.
7. Folgende Ansprüche an die Mentalität der Teilnehmer und an die Organisation bitte ich zum Schluß zu überdenken:
 - die Bereitschaft, sich auf einen offenen Diskurs einzulassen und sich nicht auf die Wiederholung bekannter statements zu beschränken;
 - die Bereitschaft, die eigene Praxis samt ihren möglichen Defiziten einzubringen;
 - die Möglichkeit zu gruppendynamischer Reflexion an jedem Tag des Seminars zu schaffen (da wir keiner äußeren Disziplinierung unterworfen sind, sollten wir uns diesen u.U. hilfreichen Luxus leisten);
 - die Beschränkung der Teilnehmerzahl für die einzelnen Gedenkstätten und -inis.

Andreas Ruppert
c/o Kreismuseum Wewelsburg
4793 Büren-Wewelsburg

Ein Dokument

LANDKREIS CELLE DER OBERKREISDIREKTOR



Landkreis Celle, Postfach 1100 Celle

Herrn Pastor
J. P. Kranz
Dankelmannstr. 44
1000 Berlin 19

Amt
Ordnungsamt
Dienststelle
Speicherstr. 2, Gebäude 4
Stabschefamt
Herr Wittkowski
Zimmer
132

"Die Gedenkstätte Belsen sowie der sowjetische Kriegsgräberfriedhof Horsten darf für die von Ihnen geplante Gedenkveranstaltung nur betreten werden, wenn die Bezirksregierung Lüneburg hierzu die Genehmigung erteilt hat... Ich weise jetzt schon vorsorglich darauf hin, daß ggf. genehmigte Lautsprecheranlagen bzw. Megaphone während der Gedenkveranstaltungen in der Gedenkstätte Belsen und auf dem sowjetischen Kriegsgräberfriedhof Horsten so einzustellen sind, daß nur Versammlungsteilnehmer ausreichend beschallt werden. Ferner weise ich darauf hin, daß die Gedenkstätte Belsen und der sowjetische Kriegsgräberfriedhof Horsten Ruhestätten ungeschützter Opfer der Gewalttätigkeit sind und Orte stillen Gedenkens sind. Dieser Widmungszweck verbietet es, sie zu aktuellen, tagesspolitischen Auseinandersetzungen oder Kundgebungen zu nutzen. Evtl. in die Gedenkstätte Belsen und auf den sowjetischen Kriegsgräberfriedhof Horsten mitgeführte Plakate und Transparente müssen daher frei bleiben von partei- oder gesellschaftspolitisch strittigen Themen und Parolen."

aus: Friedenswache '85, Friedausgruppe der Trinitatis Gemeinde, Berlin (West)

Überlegungen zu den Gedenkstätten-Seminaren in der Bundesrepublik

Vorbemerkung: Anlaß für diese Stellungnahme ist meine Kenntnis von Andreas Rupperts "Rundschlag" zum Seminar in der Wewelsburg, (16. - 19. Mai 1985). Über diesen Anlaß hinaus soll meine Einschätzung eher eine Hilfestellung für die Überlegungen zur Weiterarbeit sein, die im Rahmen des Seminars vom 10. - 13. Oktober 1985 Tagesordnungspunkt sind. Weil aus Essen niemand teilnehmen kann, bieten wir diese Stellungnahme als Hilfe an.

Thematische Orientierung:

Ich habe an zwei Seminaren bisher teilgenommen, die jeweils einen thematischen Schwerpunkt verfolgten. In Essen hieß das Thema "Jüdische Geschichte und Judenverfolgung in der Gedenkstätten-Arbeit". Schwerpunkt des Seminars war eindeutig die Arbeit der Alten Synagoge. Entsprechend wurden Mitarbeiter der Alten Synagoge im Seminar eingesetzt. Im Laufe des Seminars wurde deutlich, daß ein Gegensatz von äußerer und innerer Gestalt der Alten Synagoge zu sehen ist. Damit verbunden war die Frage nach dem Ort und dem Anteil des Ortes für die Gedenkstättenarbeit. Es ging dabei nicht nur um die Quantität jüdischer Geschichte in einer Einrichtung, die vom Gebäude her selbst Teil dieser Geschichte ist, sondern auch um die Art ihrer Darstellung. So weit jüdische Geschichte in der Ausstellung "Widerstand und Verfolgung in Essen 1933 - 1945" eine Rolle spielt, geht es ausschließlich um Juden als Opfer, nicht aber um Juden als aktiv Handelnde in der Geschichte. Hierin ist ein Gegensatz zu anderen Gruppendarstellungen in der Ausstellung zu sehen. Unter diesem Gesichtspunkt wurde ein Referat zur Frage nach Widerstand und Verweigerung deutscher Juden 1933 - 1945 von Hermann Eschwege in das Seminar eingebaut.

Die inhaltliche Darstellung orientierte sich also an einer didaktischen Frage, nämlich wie weit der Ort selbst zum Ausgangspunkt von Gedenkstättenarbeit gemacht werden kann. In dem konkreten Fall der Darstellung von jüdischer Geschichte zeigte sich eine Unsicherheit sowohl bei den Initiatoren der Ausstellung als auch bei den Teilnehmern. Diese Unsicherheit bezieht sich darauf, inwieweit mit einer geordneten Behandlung des Themas Juden die in den National-

sozialisten herbeigeführte Trennung von Juden und Nicht-Juden wiederholt wird.

Die vier jüdischen Teilnehmer des Seminars in Essen sahen diese Unsicherheit als nicht begründet an: Die Geschichte ist in diesem Zeitraum ganz eindeutig auseinanderdividiert worden. Helmut Eschwege verwies in seinem Referat unter anderem auf ein Beispiel aus Hamburg, wo Juden in allen antifaschistischen Gruppen mitgearbeitet haben und wo alle jüdischen Mitglieder umkamen, während 95 % der nicht-jüdischen Gruppenmitglieder überlebten. Diese doppelte Gefährdung war allen politisch engagierten Juden bewußt. Gleichzeitig wurde an den Beispielen deutlich, daß die Geschichte der Juden in Deutschland als Teil deutscher Geschichte nicht zu vernachlässigen ist. Von daher setzt die Arbeit der Alten Synagoge richtig an, ist aber verstärkt für die jüdische Thematik aufzunehmen.

Schwerpunkt des Seminars war eindeutig die entwickelte pädagogische Praxis in der Alten Synagoge. Die Zielrichtung des Seminars bestand m.E. in einem reflektierten Erfahrungsaustausch, in dem von außen herangezogene Referate eine untergeordnete Rolle spielten.

Anders sah es mit dem Seminar in der Wewelsburg aus. Dabei ist von vornherein festzustellen, daß die einladende Institution wesentlich den Schwerpunkt der Seminare mitbestimmen kann.

In der Wewelsburg wurden zum Thema "SS-Ideologie" drei Referate angeboten. Die Vorstellung der Vermittlungsarbeit in der Gedenkstätte Wewelsburg und das Thema Neo-Nazismus kamen eindeutig zu kurz.

Ich interpretiere das so, daß einmal thematisch zuviel gewollt wurde, daß andererseits die Interessen der Gastgeber sich nicht durchsetzen konnten.

Das spricht m. E. noch nicht gegen eine thematische Orientierung, wohl aber gegen eine Überfrachtung mit zwei Themen und mehreren Referaten.

Sozialformen

Es ist eigentlich selbstverständlich, daß in drei Tagen nur ein gewisses Maß an gemeinsamer Diskussion geführt werden kann, zumal der Kreis relativ heterogen ist, weil immer wieder neue Initiativen hinzukommen.

Vom Anspruch der Gedenkstätten her, Vermittlungsarbeit leisten zu wollen, bieten sich m.E. die Seminare an, selbst modellhafte Lehr- und Vermittlungsformen zu praktizieren. Die Gesprächs- und Tagungsleitung muß auch in Phasen der Desorientierung eine Zielorientierung vermitteln, auch mangelndes Engagement der Teilnehmer ist keine Voraussetzung für einen Erfahrungsaustausch. Eine Mischung von Gespräch, Vortrag, Bewegung, informellen Gruppen, Gruppenarbeit, von Film und Ausstellung täte den Seminaren nach wie vor gut.

Teilnehmerkreis:

Wenn es um erfahrungsorientiertes Lernen geht, muß der Inhalt der eigenen Tätigkeit der Teilnehmer zentral für die Treffen sein. Von daher kann eine Beschränkung auch in der Praxis von Gedenkarbeit Stehenden bzw. von Initiatoren von Gedenkstätten als angesprochener Teilnehmerkreis sinnvoll sein. Eine thematische und theoretische Vergewisserung von in der Praxis stehenden Mitarbeitern sollte auf getrennten Veranstaltungen stattfinden, die abwechselnd zu den Gedenkstätten-Seminaren stattfinden könnten. Konkret: Ich halte einen reflektierten Erfahrungsaustausch einmal im Jahr für sinnvoll, ein zweites Treffen sollte der theoretischen Weiterbildung dienen.

Orientierungen:

Wie schon unter den anderen Punkten angesprochen, verstehe ich die Seminare als "reflektierten Erfahrungsaustausch". Dieser reflektierte Erfahrungsaustausch sollte konkret die Arbeit der einzelnen Einrichtungen vorstellen. Ob 1/2jährliche Rhythmus sich dann nicht verbietet, möchte ich zumindest zur Diskussion stellen. Darüber hinaus bieten sich Fachtagungen oder Seminare zu Einzelthemen an: Neo-Nazismus und profaschistisches Verhalten in ihrem Stellenwert für Gedenkstättenarbeit, SS-Ideologie, Gedenken als gedankliches Konstrukt, Justiz im Dritten Reich etc. sind m.E. Themen solcher Fachtagungen. Zu diesen Fachtagungen sollte eine Mischung von Praktikern und Theoretikern angesprochen werden. Mein letzter Vorschlag bezieht sich auf die Vorbereitungen der Tagungen und Seminare. Es sollten Vorbereitungsgruppen entstehen, die jeweils für ein Jahr verantwortlich die Vorbereitung von Tagungen und Seminaren leiten. Durch die Mitarbeit einer solchen

Gruppe können spezifische Interessen an Themen, Arbeitsformen und Teilnehmerkreis eingebracht und notwendige Zwischenaktivitäten (Reaktionen auf Veröffentlichungen, auf politische Entwicklungen etc.) gemeinsam vorbereitet werden.

Essen, den 05.09.1985

Angela Genger

130

W. Luch: Einführungsvorrede zur KZ-Gedenkstätte "Oberer Kuhberg"

Die Ausstellung, die heute eröffnet wird, vermittelt nur einen Teil der Geschichte des Ulmer Konzentrationslagers und seines historischen Umfeldes. Was fehlt, soll nach und nach ergänzt werden.

Wie Sie der Presse entnehmen konnten, entspricht der erreichte Abschnitt nicht den ursprünglichen Plänen. Das ist keine Katastrophe, aber natürlich auch kein Ausdruck von "Lebendigkeit". Was sich hier heute zeigt, ist m.E. ein Abbild dessen, was antifaschistische Kultur bei uns leisten kann.

Man immer der 8. Mai 1945 im subjektiven Erleben des Einzelnen bedeuten mag, für die Geschichte der Bundesrepublik bedeutet dieser Tag - im positiven wie im negativen Sinn - den Tag der Restauration bürgerlicher Herrschaft. Das deutsche Bürgertum schien sich im Bündnis mit dem Faschismus in die totale Niederlage manöviert zu haben, vom "Zusammenbruch" blieb aber nur der Zwang, notwendige Kurskorrekturen vornehmen zu müssen. Während das Volk die Befreiung feierte, dachten die Herrschenden folgendermaßen (ich zitiere aus dem Kriegstagebuch des Oberkommandos der Deutschen Wehrmacht vom 12.-20. Mai 1945; es handelt sich um Überlegungen des Generalobersten Jodl, Chef des Wehrmachtsführungstabes):

"Leider haben wir die Waffe des Rechts in der letzten Zeit nie gebraucht. ... Die Alliierten müssen dauernd mit ihren eigenen Waffen geschlagen werden, d.h. mit dem Völkerrecht. Das Völkerrecht ist unsere Bibel."

"Immer daran denken, daß Judentum nur darauf wartet, uns zu schikanieren Absicht, Kommission als Puffer zwischen uns und den jüdischen Gegner einzuschleiben."

"Wenn KZ-Lager-Frage angeschnitten wird und wir Deutsche verdammt werden wegen eines Niemöller und einiger getöteter Pfarrer, dann Frage: Warum regt Ihr Alliierten Euch nicht wegen Rußland auf, wo binnen kurzen 12 000 Patriarchen ums Leben gebracht wurden."

"Kommende Möglichkeiten der Orientierung, basierend auf Gegensatz zwischen Ost und West." "Die Rolle Deutschlands als Volk inmitten Europas ist noch nicht ausgespielt. Ohne uns können die Probleme nicht

gelöst werden. Dieses ferne Ziel immer im Auge behalten."

In diesen Überlegungen ist ein Grundzug der Geschichte der Bundesrepublik einschließlich ihres Verhältnisses zum Nationalsozialismus skizzenhaft vorformuliert: taktischer Umgang mit dem Völkerrecht; Versöhnung mit den Juden, wenn es denn sein muß; Verharmlosung der KZ-Verbrechen; die Russen als die schlimmeren Nazis; die BRD als Vorposten des Antikommunismus.

Das Dokument ist kein Einzelfall; es ordnet sich ein in ein breites Spektrum von Überlegungen, mit denen sich die deutsche Bourgeoisie teilweise schon vor dem 8. Mai 45 angesichts der Niederlage vom Faschismus ab- und der Zukunft zuwandte.

In Ulm steht die Person Karl Lychmüllers für diesen Frontwechsel. Obwohl er zur Führungselite des 3. Reichs gehörte, wurde er Ulms 1. Nachkriegsbürgermeister, da er früher als andere die Niederlage erkennt und das Einvernehmen mit den Amerikanern gesucht hatte. Das war - jetzt - durchaus zum Vorteil der Stadt, nur ging dem ehemaligen Wehrwirtschaftsführer dabei das Verständnis für die Opfer des Nationalsozialismus verloren. Das Schicksal der Ulmer Zwangsarbeiter, deren Wut über erlittene unmenschliche Behandlung sich teilweise in Plünderungen entlud, reduzierte sich in seiner Erinnerung auf eine Polizeifrage; "dem wüsten Treiben" habe er "nur in beschränktem Umfang Einhalt gebieten" können, da die Militärregierung die Bewaffnung der Polizei abgelehnt habe. "Außerdem", schreibt er weiter, setzte sich die Polizei fast durchweg aus neuen Leuten zusammen, unter die sich teilweise unzuverlässige Elemente eingeschlichen hatten." Ihm fehlte also die alte Nazi-Polizei, um die Wut der Überlebenden NS-Opfer niederhalten zu können. Kein Wort des Bedauerns, keine Erinnerung an eigene Schuld, nur das Aufbau-Pathos der "neuen Ordnung".

Natürlich läßt sich nicht allein anhand dieser beiden Beispiele die Geschichte der Bundesrepublik beschreiben. Die Niederlage des Faschismus ermöglichte den Aufbau einer Demokratie auf der Grundlage bürgerlicher Freiheiten, der Sozialpartnerschaft und sozialstaatlicher Absicherung, und die Erinnerung an die Niederlage steht bis heute noch allen Versuchen entgegen, diese fortschrittlichen Traditionslinien bürgerlicher Politik zur Disposition zu stellen. Nicht

Die Karriereträume der alten Nazis gingen in Erfüllung; Jodl z.B. wurde als Kriegsverbrecher hingerichtet. Die Hoffnung, die Front nach Osten zu halten und mit Hilfe der westlichen Alliierten wieder nach Osten auszudehnen, hat bis heute manche Enttäuschung verkraften müssen. Der Nationalismus wurde vom Antikommunismus aufs Kreuz gelegt und mußte im Kalten Krieg die Teilung der Nation hinnehmen.

Richtig ist aber auch, daß die aus der Arbeiterbewegung kommende ~~und einzig in ihr verankerte~~ Tradition des Antifaschismus unsere politische Kultur kaum prägen konnte. Der antifaschistische Arbeiter, der z.B. im KZ gesessen hatte, hatte nur kurze Zeit beim Aufbau dieser Republik mitzureden. Wenn überhaupt, galt seine Erfahrung nur, wo sie sich gemäß den Anforderungen des Kalten Krieges antikommunistisch einführte; wo das nicht der Fall war, blieb sein Wirkungskreis unter dem Druck der bald wieder einsetzenden Kommunistenverfolgungen auf ein kulturelles und politisches Ghetto beschränkt. Die Einheit der Arbeiterbewegung, die dem Antifaschismus Kraft hätte geben können, wurde wieder nicht hergestellt.

Der Verzicht der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, die vom Faschismus zerschlagene Arbeiterkulturbewegung wieder aufzubauen, tat ein Übriges. Sinnvoll wäre dieser Schritt nur gewesen, wenn gleichzeitig innerhalb der bürgerlichen Kultur um die Rechte der Arbeiterkultur gekämpft worden wäre. Das ist nicht geschehen. Es begann der Versuch der bürgerlich-kulturellen Veredelung des westdeutschen Arbeiters, der, wie unsere Massenkultur zeigt, total gescheitert ist.

Wie sollte sich unter diesen Bedingungen antifaschistische Kultur entwickeln?

Der eine Weg war der Weg in die Ghettokultur mit ihren klaren Formen und Aussagen einerseits und dogmatischer Verhärtung und Verarmung der Ausdrucksmittel andererseits. Dieser Weg kann nicht befriedigen. Ich bin aber der Überzeugung, daß es sinnvoller wäre, erst einmal die in der Nachkriegszeit verschütteten Alternativen der antifaschistischen Arbeiterbewegung wiederzuentdecken, ehe das Bündnis mit der bürgerlichen Kultur weiter verfestigt wird. Zum Ziel hat dieses Bündnis nämlich auch nicht geführt.

Anders als die Arbeiterbewegung war das deutsche Bürgertum ein Bündnispartner des Faschismus gewesen. Der bürgerliche und militärische Widerstand entwickelte sich in der Regel aus der Enttäuschung über den Ertrag dieses Bündnisses. Diese Doppeldeutigkeit der Rolle im Faschismus bestimmte Formen und Inhalte unserer Vergangenheitbewältigung.

Da ist viel Einsicht in das eigene Versagen, aber auch die Überbetonung des bürgerlichen und militärischen Widerstands und die ständige Suche nach dem Stichwort, das es erlaubt von der Auseinandersetzung mit dem Faschismus auf die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus Überzuwechseln.

Da ist der ehrliche Wunsch nach Versöhnung, aber auch der beharrliche Versuch, die Versöhnung dadurch zu erzwingen, daß die geschichtlichen Abläufe verharmlost werden. Da ist viel Betroffenheit, aber auch viel intellektuelle Bequemlichkeit, viel radikale Fensterrede und wenig konsequente Praxis.

Es entwickelte sich eine eindrucksvolle Verdrängungs- und Bewältigungskultur, mit beachtlichen Ergebnissen, unfähig zu trauern, aber genial in der Gestaltung des Trauerzeremoniells, immer hinter der Wahrheit her, aber mit "Fingerspitzengefühl", pochend auf die Prinzipien von Wissenschaftlichkeit und Demokratie - wo sie nicht stören.

Das Dokumentationszentrum ist Teil dieser Kultur. Dies drückt sich v.a. im Arrangement mit der Zensur aus.

Die Unterstützung der wissenschaftlichen Arbeit durch Ulmer Archive war gering. Wo nicht Ulmer Bürger halfen, mußten die wesentlichen Quellen weitgehend im Bogen um Ulm herum gesammelt werden. Das ging so weit, daß Akten des Landratsamtes über in Ulm ums Leben gekommene Zwangsarbeiter nicht im Kreisarchiv, sondern durch die "Hauptkommission zur Erforschung der Hitlerverbrechen in Polen" zugänglich gemacht wurden.

Daß Kreis- und Stadtarchiv in unserem Fall nicht in der Weise zugänglich waren, wie das den Kriterien wissenschaftlicher Forschung ange-

weisen ist, hat eine Reihe von Gründen, die man unterschiedlich bewerten muß; z.B. fehlen Personal- und Sachmittel. Problematisch wurde das Verhältnis, wo das Argument "Personenschutz" ins Spiel gebracht wurde, die Formel, in die sich heute in der Regel die historische Zensur kleidet.

Dieses Argument ist im Zusammenhang unserer Arbeit allerdings nicht leichtzunehmen. Einmal, weil die nationalsozialistischen Vernichtungskaktionen durch umfassende Datensammlungen der betroffenen Bevölkerungsgruppen vorbereitet wurden, zum andern, weil es in der Tat viele Betroffene gibt, die immer noch Angst haben, als Opfer des Nationalsozialismus identifiziert zu werden. Beides spricht aber nicht dafür, ~~die~~ NS-Akten unter Verschuß zu halten oder einzuschwärzen.

Die Lehre aus der Geschichte kann doch nur sein, die heutigen Datensammlungen zu vernichten oder der Sammelei enge Grenzen zu setzen, und durch umfassende Aufklärung endlich dafür zu sorgen, daß KZ-Haft und andere Formen erlittener Verfolgung in jedem Fall den Makel des Straffälligen oder "Asozialen" verlieren. Dies gilt besonders für diejenigen, die nicht als Juden, sondern aus anderen Gründen als rassistisch ^{und} "Entartete" und "Unartige" verfolgt wurden. Diese Opfer des Rassismus ^{und} ihre Angehörigen zählen nach Hunderttausenden; die Zahl geht vermutlich in die Million. Hier haben die Bestimmungen des Persönlichkeitsschutzes verhindert, daß die Forschung den rassistischen Hintergrund der Verfolgung nachweisen konnte; sie haben dafür gesorgt, daß bis heute in der Regel die angemessene, umfassende materielle und ideelle Wiedergutmachung unterblieben ist; sie haben lediglich die Täter geschützt.

Und ein Letztes ist zu bedenken: Es gehört zum festen Formelschatz unserer Gedenkrede, an die namenlosen Opfer und Widerstandskämpfer zu erinnern. Tatsächlich wären viele von ihnen aber nicht namenlos, würden ihre Namen durch unsere Archivpraxis nicht weggeschwärzt. Die Formel ist oft eine gedankenlose aber funktionale Abbildung unserer gesellschaftlichen Verhältnisse, die, um ihre Rangordnung zu sichern, oben die namhaften Eliten, unten das namenlos gehaltene historische Füllmaterial brauchen.

Welche Anwendung der personenschutz-rechtlichen Bestimmungen aus diesen Überlegungen ergibt, halte ich durchaus für diskutabel. Die Grenze zur Zensur wurde überschritten, als das Stasiarchiv die ungehinderte Verwendung von Dokumenten aus der Ulmer NS-Prozess versagte. Diese Praxis konnte ich aus keinem Archiv.

Das Problem ist seit über einem Jahr auf dem Tisch, aber bis heute ist ungeklärt, ob in dieser Gedenkstätte ungehindert, einzig nach inhaltlichen Gesichtspunkten entschieden, wenigstens das gezeigt werden kann, was die Nazis selbst über ihre Herrschaft öffentlich gemacht haben. Diese Rücksicht ist nach meiner Überzeugung ein Vorzug gegen wissenschaftliche Qualität, die sich nur im Alltag einer konsequenten demokratischen Praxis beweisen kann, die sich nicht zensurieren läßt, wohl aber für die Diskussion aller Standpunkte offen ist und konsequent und ohne taktische Arrangements offen gehalten wird.

Wenn es gelingt, diesen Grundsatz nicht nur heute zu beschließen, sondern morgen in die Praxis umzusetzen, gebe ich dem Dokumentationszentrum die Chance, eine "lebendige Gedenkstätte" zu werden, was ich ihm wünsche.

Anmerkung (Th. Lutz):

Hier könnte nur der zweite Teil der Rede von Walter Dürstner eingebracht werden, da sonst der umfangreiche Handbrief gesprengt worden wäre. Der erste Teil, der sich mit der Geschichte des KZ's und der Stadt Ulm in der Nazi-Zeit auseinandersetzt, kann bei mir ebenfalls bestellt werden. Ich bitte bei Bestellungen einen Betrag von DM 3,- in Barform zu beizulegen.

Infos, News

Essen

Schlechte Nachrichten gibt es aus Essen zu melden.

Die beiden ABM-Stellen, die für die pädagogische Arbeit in der "Alten Synagoge" eingerichtet worden sind, werden am 10. Oktober, nach zweijähriger Laufzeit, nicht weiter fortgeführt.

Auch eine andere Möglichkeit, dafür Ersatz zu schaffen, ist nicht in Sicht.

Wewelsburg

Andreas Ruppert ist seit kurzem wieder als ABM-Kraft im Kreismuseum angestellt.

Internationaler Suchdienst Arolsen

Die im letzten Rundbrief angelaufene Initiative zum ITS Arolsen ist soweit abgeschlossen, daß die Briefe verschickt werden könnten.

Da sich beim Suchdienst eine neue Situation, ein neuer Direktor wird ab Oktober dort arbeiten, ergeben hat, soll auf dem Gedenkstättenseminar in Papenburg das weitere Vorgehen noch einmal diskutiert werden, bevor weitere Schritte unternommen werden.

Papenburg

Die beiden ABM-Stellen im Büro des D.I.Z. wurden um ein Jahr verlängert.

Axel Svehla arbeitet auf der einen Stelle weiter, für die zweite wurde ein neuer Mitarbeiter eingestellt.

40 Jahre danach --

MÜLLDEPONIE neben KZ-Friedhof?

Müllberg erstickt die Vergangenheit.
Eine neue Zeit bricht an! Wir sollen
uns an Unangenehmes nicht mehr
erinnern?

Worum geht es? Der Kreis Rottweil plant in unmittelbarer Nähe des KZ-Friedhofs Schörzingen eine Kreismülldeponie. Täglich würden bis zu 120 Lastwagen den Müll anfahren. Bis aus 50 km Entfernung. Neben der Gedenkstätte würde ein Müllberg entstehen, dessen Anblick und Geruch nicht näher beschrieben werden muß. Der Wind würde Papierreste und Plastik über die Gräber wehen. Und das soll dort geschehen, wo 549 Menschen zu Tode gemartert wurden und begraben liegen.

DAS KANN UND DARF NICHT WAKR SEIN!

Wir können zwar nicht ändern, was im 3. Reich an Unrecht begangen wurde, aber wir sind dafür verantwortlich, was heute geschieht. WIR HABEN DIE AUFGABE, die Erinnerung wach zu halten. Und wir haben nicht nur die Pflicht, sondern auch das Bedürfnis, den Menschen ACHTUNG zu erweisen und ein ehrendes Andenken zu bewahren, die damals leiden und sterben mußten.

DESHEGEN:

AM 22. SEPTEMBER 1985 UM 10.30 UHR
GEDENKFEIER AUF DEM KZ-FRIEDHOF, SCHÖRZINGEN

KOMMEN SIE! UNTERSTÜTZEN SIE UNS!

BRINGEN SIE IHRE FREUNDE UND BEKANNTEN MIT

BÜRGERINITIATIVE ASPEN, WILFLINGEN
GERTRUD UND GEORG GRAF

Informationen zum KZ-Schörzingen

Es wurde Ende 1943 als Außenlager des elsässischen KZ Natzweiler-Struthof gegründet. Den Machthabern des 3. Reiches waren Öl und Treibstoff knapp geworden. Bei Schörzingen sollte Ölschiefer abgebaut werden, um das Defizit auszugleichen.

Aus 16 europäischen Ländern kamen die Gefangenen ins Lager. Sie mußten in Baracken ohne Tische und Bänke in dreistöckigen Betten schlafen. 200 g Brot und Steckrübensuppe waren die einzige Verpflegung. Und das bei härtester körperlicher Schwerstarbeit von 16 Stunden pro Tag. Im Winter 44/45 mußten die Gefangenen barfuß im Schnee und im kalten Schlamm arbeiten. Der Winter war so kalt wie 1984/85!! Lungenentzündungen, Ruhr, Typhus und Fleckfieber rafften die Männer hinweg. Sie wurden ständig durch andere ersetzt. 549 fanden innerhalb von 15 Monaten den Tod. Viele wurden noch schnell bevor sie starben nach Vaihingen oder anderswohin abtransportiert, um die Todeszahlen zu frisieren.

Am 23.4.45 wurde das KZ-Schörzingen von den Franzosen befreit.

Léon Donven war einer der Überlebenden. Er sagt noch heute:

"Wir wurden wie Tiere behandelt, wir waren keine Menschen mehr."

Mittwoch, 4.9.85 Ehrendes Andenken bewahren

Bürgerinitiative Aspen: Niemals Müllberg neben Gedenkstätte

Rottweil/Wellendingen-Wilflingen. »Wir können zwar nicht ändern, was im Dritten Reich an Unrecht begangen wurde, aber wir sind dafür verantwortlich, was heute geschieht. Wir haben die Aufgabe, die Erinnerung wachzuhalten. Und wir haben nicht nur die Pflicht, sondern auch das Bedürfnis, den Menschen Achtung zu erweisen und ein ehrendes Andenken zu bewahren, die damals leiden und sterben mußten. Neben der Gedenkstätte würde ein Müllberg entstehen. Und das soll dort geschehen, wo 549 Menschen zu Tode gemartert wurden und begraben liegen. Das kann und darf nicht wahr sein«, verweist die Bürgerinitiative Aspen auf ein weiteres Kriterium (über die insgesamt Bedenken berichteten wir bereits ausführlich), das den Bau einer Kreismülldeponie im Gebiet Aspen nicht in Frage kommen lasse.

In einem Einladungsschreiben zu einer Gedenkfeier auf dem KZ-Friedhof Schörzingen am Sonntag, 22. September, um 10.30 Uhr wird zum KZ Schörzingen ausgeführt:

Es wurde Ende 1943 als Außenlager des elsässischen KZ Natzweiler-Struthof ge-

gründet. Den Machthabern des Dritten Reiches waren Öl und Treibstoff knapp geworden. Bei Schörzingen sollte Ölschiefer abgebaut werden, um das Defizit auszugleichen. Aus 16 europäischen Ländern kamen die Gefangenen ins Lager. Sie mußten in Baracken ohne Tische und Bänke in dreistöckigen Betten schlafen. 200 Gramm Brot und Steckrübensuppe waren die einzige Verpflegung. Und das bei härtester körperlicher Schwerstarbeit von 16 Stunden pro Tag. Im Winter 1944/45 mußten die Gefangenen barfuß im Schnee und im kalten Schlamm arbeiten. Lungenentzündungen, Ruhr, Typhus und Fleckfieber rafften die Männer hinweg. Sie wurden ständig durch andere ersetzt. 549 fanden innerhalb von 15 Monaten den Tod. Viele wurden noch schnell bevor sie starben nach Vaihingen oder anderswohin abtransportiert, um die Todeszahlen zu frisieren. Am 23. April 1945 wurde das KZ Schörzingen von den Franzosen befreit.

Léon Donven war einer der Überlebenden. Er sagt noch heute: »Wir wurden wie Tiere behandelt, wir waren keine Menschen mehr.«

Di, 3.9.85

Schwärzwälder »Bisher unser größter Erfolg«

ma. Rottweil/Wellendingen-Wilflingen. Als »unseren bisher größten Erfolg« bezeichnen die Verantwortlichen der Wilflinger Bürgerinitiative »Aspen« ihre Informationsveranstaltung am Wochenende. Wie berichtet, hatte man den umstrittenen Mülldeponie-Standort »Aspen« mit einer Luftballon-Kette »abgesteckt«, um damit genau die Grenzen zu definieren.

Führungen und Informationsmaterial taten ein übriges, die Argumente der Standort-Gegner zu untermauern und klarzumachen, daß sie das Tabasarak-Gutachten nicht als Evangelium lesen. Was die Veranstalter freut: Es dürften um die 1500 Bürger aus Wellendingen, Wilflingen und Schörzingen gewesen sein, die sich insbesondere im Rahmen der gut angenommenen Führungen informieren ließen. Kommentaren habe man entnommen, daß viele erst jetzt so richtig gewahr wurden, was da auf sie zukommen könne.

In der Freude über den Erfolg beim Bürger »mischte sich aber auch Enttäuschung: Nicht zuletzt wollte man gerade jene ansprechen, die letztlich über die Standortfrage entscheiden: Die Kreistate. Deren überwiegende Mehrheit aber pünktlich durch Abwesenheit lediglich jene aus dem Raum Rottweil heißen sich blicken.

Die Angst, sagt Jeanne, wird bleiben

Begegnungen auf dem jüdischen Friedhof von Buttenhausen - Ein Ort und seine Geschichte

Von unserem Redaktionsmitglied
Gert Schröter

In keinem schwäbischen Dorf lebten Juden und Christen so eng beisammen wie in Buttenhausen bei Münsingen. Doch dann begann die Todesmaschine der Nationalsozialisten zu rattern. Nur wenige Buttenhausener Juden entkamen ihr. Manche kehrten noch einmal zurück an ihren Geburtsort. Für ein paar Tage. Höchstens.

Buttenhausen im Großen Lautertal ist ein Dorf wie viele andere im Württemberg. Mit Gasthäusern wie der „Post“, dem „Adler“ und dem „Schweizerhof“ (wer erfährt schon, daß einmal Juden, die Julie und Sophie Schweizer, das Lokal führten?). Kleine Läden gibt es, die Sparkassenfiliale, eine Kirche. Und natürlich ist alles blitzsauber. Da läßt keiner was auf sich kommen. Aber mitten im Ort ist ein Platz, den es so nicht gibt in den anderen Orten der Schwäbischen Alb.

Da stehen, unter Buchen und Eibenbüschen, drei hellgraue grobbehauene Steinsäulen. Auf der mittleren ist zu lesen: Den Brüdern und Schwestern der jüdischen Gemeinde Buttenhausen, die als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung ihr Leben lassen mußten. 1933 bis 1945.

Links und rechts von diesem Stein sind dann auf den beiden anderen Seiten die Namen der jüdischen Familien aufgeführt, die seit Jahrhunderten in Buttenhausen lebten und dann durch die Nazis starben. Die lange Liste beginnt mit dem Oberlehrer Ratsliff Berlinger



Walter Ott, Besucherin Rosl Rothschild und Nichte Susan auf dem jüdischen Friedhof in Buttenhausen. Aus Amerika zurück zu den Gräbern der Vorfahren. Bild: Gert Schröter

und endet mit der Johanna Thannhauser. Viele Marx' sind darunter und Levis, Bernheimers, Dreyfuss und Rothschilds.

Nach etwas anderes fällt auf in diesem Buttenhausen. Das Rathaus, zu dessen Eingang vier Treppen hinaufführen und der überdacht ist von einem kleinen Balkon, der auf zwei Säulen ruht. Zwischen Erdgeschoß und 1. Stock steht in

metallenen Lettern: Bernheimerische Realschule.

Es gibt noch einen anderen Wegweiser in die jüngere Geschichte des Dorfes, das jetzt ein Stadteil von Münsingen ist: Weiße Tafeln mit der Aufschrift „Jüdischer Friedhof“. Sie zeigen zur Mühlsteige. Dort, wo der Asphalt aufhört, ein Feldweg sich den Hang hinaufzieht, stehen in langen Rei-

hen Grabsteine auf der gemähten Wiese. Nur wenige sind poliert, die meisten aus rohem Stein mit spärlichen Verzierungen. Mit aus dem Stein gehauenen Blumen, einem Kelch, dem Judentum. Manche hat die Last der Jahre niedergedrückt. Die Inschriften sind erst in Hebräisch, dann in Deutsch verfaßt.

Da liegt Salomon Levi begraben, der 1828, und Sara Bernheimer, die 1887 starb. Da war alles noch schön ruhig in Buttenhausen. Als man aber die Sally Kirchheimer im Juli 1935 hier oben beerdigte, war in der jüdischen Häuser unten im Lautertal schon die Angst eingezo-

Die Inschriften sind gut lesbar, die Steine vom Moos gekäubert. Das alles ist dem Walter Ott zu verdanken, der seit 1976 aus freien Stücken den jüdischen Friedhof von Buttenhausen betreut, ihn aus der Vergessenheit riß. Dafür hat er am 1. Juli 1985 das Bundesverdienstkreuz bekommen. (Der Dokumentarfilm „Von Menschen und Steinen“, der sich mit diesem Friedhof befaßt, wird in S 3 am 13. August um 20.15 gezeigt).

Es begann 1787

Der Walter Ott griff in die Geschichte Buttenhausens, die lange Zeit eine Geschichte der Juden des Ortes war, weil er im Dachgeschoß des Buttenhausener Landheimes (wo Ott beschäftigt ist) auf verstaubte Akten stieß, die für ihn mehr waren als Papier, sich plötzlich mit Leben erfüllen und mit Nachrichten vom Tod. Es waren Zeugnisse über die Juden in Buttenhausen, deren Geschichte dort 1787 mit einem Dekret des Reichsfürstentums Philipp Friedrich von Liebenstein begann, der 25 jüdischen Familien erlaubte, in Buttenhausen Häuser zu bauen. Die jüdische Gemeinde wuchs - und vorrangig sich mit den Christen, meist arme Bauern. Juden entwickelten auch in dem kleinen Alldorf ihren sprichwörtlichen Geschäftssinn, waren Zigarottenfabrikanten, Viehhändler, Handwerker, Bäcker und Metzger. Mit ihnen zog ein gewisser Wohlstand ein.

haus, 1866 noch 237, heute keinen mehr. Manchmal kehrt einer zurück, aber nur als flüchtiger Besucher.

Da kommt um diesen heißen Julitag 1935 Rosl Rothschild nach Buttenhausen, wo sie geboren wurde. Langsam geht die Zeit rückwärts, zwischen dem Grabstein oben im jüdischen Friedhof stehen. Und plötzlich ist die Vergangenheit weg, der da sind Jahrzehnte was waren. 1937 hat Rosl Rothschild

Buttenhausen gerade noch verlassen können. Sie hatte Bruder und Schwester nach Amerika, die schon 1928 Buttenhausen den Rücken gekehrt hatten, als hätten sie böse Ahnungen getrieben. Die schicken die Bürgerschaft und Rosl durfte reisen. Ein Jahr später hat sie ihre Eltern nachkommen lassen. Das hat der Familie wahrscheinlich das Leben gerettet, denn 1938 zündeten SA-Leute auch die Buttenhausener Synagoge an, galten die Juden endgültig als vogelfrei.

Jetzt, nach 48 Jahren, ist Rosl Rothschild nochmal aus Florida zurückgekommen und hat auch ihre beiden Nichten Jeanne und Susan, Töchter des Bruders Martin Rothschild, mitgebracht. Die sitzen neben ihr, oben zwischen den Gräbern der Vorfahren. Und gefragt, ob sie denn hier, mitten in Deutschland, leben wollen, sagen sie ohne zu zögern nein. Nicht als Juden. Immer wird die Angst bleiben, daß sich alles wiederholt, sagt Jeanne. Sie könne auch nicht verstehen, daß es keine heuten Proteste gab, sich nur wenige wehrten, als man begann, die Juden in Deutschland systematisch zu verfolgen.

Wie ein Fremder...

Noch einer ist mitgekommen an diesem Tag: Manfred Levi-List, der in Buttenhausen geboren wurde, 1919 aber im Alter von neun Jahren mit seinen Eltern nach Elm, in die Karstraße 56 zog. „Damit ich aufs Gymnasium gehen konnte“. Der Vater hat in Elm ein Immobiliengeschäft aufgemacht und einen Viehhändler betrieben. 1937 wanderte Manfred nach Amerika aus. Es gelang ihm auch, seine Eltern, die schon im KZ Buchenwald inhaftiert waren, freizubekommen und zu ihm nach Amerika zu bringen, wo die Eltern auch gestorben sind. „Gott sei Dank kann ich dort den Friedhof besuchen“, 1969 kehrte er nach Deutschland zurück, wohnte jetzt in München. Er läßt sich wohl in der Bundesrepublik. Aber ich nicht, ich bleibe einfach „Fremder“, sagt der einfache „Amerikaner“, sagt der wohlhabende Mann. Zwischen den Grabsteinen steht er aber plötzlich. Ich bin plötzlich für jeden, der nur einen flüchtigen „Besuch“ machen will, ein Fremder. Ich bin

haben doch früher in Buttenhausen Christen und Juden Hass an Haus gewohnt, waren gute Nachbarn. Wie eng sie beisammen wohnten in dem Ort an der Lauter zeigt eine Karte, die zusammen mit vielen Dokumenten der jüdischen Gemeinde in einer kleinen Ausstellung in einem Nebenbau des Landheims seit dem 2. Juli zu sehen ist. Zusammengefaßt hat sie wieder der Walter Ott unter dem Titel „Ein Ort und seine Geschichte“.

Fotos aus jüdischen Familienalben sind zu sehen: Der Viehhändler Marx fährt mit Frau und Kindern vor seinem Haus vor und grüßt stolz vom Kutscherbock. Eine Weihnachtsfeier aus dem Jahr 1923 ist festgehalten, bei der Rosl Rothschild Spielkarten gezeigt ist. Vergilte Bilder aus der Bernheimerischen Realschule sind zu betrachten, in der Christen und Juden gleichermaßen vom Ratsliff Berlinger unterrichtet worden sind.

Dokumente hielten fest, daß der in München lebende Kgl.-Bayrische Kommerzienrat Lehmann Bernheimer, ein Buttenhausener, die Gemeinde sein Grundstück in

Buttenhausen vermachte. Dort sollte ein Park und eine Realschule auf seine Kosten errichtet werden. Dazu rüffte Bernheimer 189.000 Reichsmark.

Da haben nun die Buttenhausener Kinder, Christen wie Juden, auf Kosten des Lehmann Bernheimer seit der Einweihung der Realschule im Jahr 1903 das Schreiben und Lesen gelernt. Die Gemeinde hat Bernheimer, der auch Hilfsbedürftige, ob sie nun Juden oder Christen waren, mit Geld unterstützt, nach im Jahr 1903 zum Ehrenbürger gemacht.

Deshalb war den Christen von Buttenhausen auch nicht verständlich, wie halb seit 1935 die jüdischen Nachbarn plötzlich nicht mehr gefragt werden sollten und es später auch verboten war, den Buttenhausener jüdischen Gläubigen, die bald der jüdischen Stadt, immer weniger, Essen und Kleidung zu verkaufen.

Am Ende des Reichsministeriums von Berlin an die örtliche Polizeidirektion vom 14. Oktober 1941 schaffte endgültig Klarheit. Es steht dann auf dem Weg, den man über Elm ebenfalls in seiner Ausstellung zeigt.

...was hier in der letzten Zeit bekannt geworden ist, vertrieben deutsche jüdische Personen aus dem Reich und zogen in das Ausland.

in auffälliger Weise in der Öffentlichkeit. Da die betreffenden Deutschblütigen auch heute noch den elementarsten Grundbegriffen des Nationalsozialismus verständnislos gegenüberstehen und ihr Verhalten als Mißachtung der staatlichen Maßnahmen anzu sehen ist, ordne ich an, daß der deutschblütige Teil dieser Personen in Schutzhaft zu nehmen ist, in schwerwiegenden Fällen bis zur Dauer von drei Monaten in ein KZ - Stufe 1 - einzuliefern ist. Der jüdische Teil ist bis auf weiteres unter Einweisung in ein KZ in Schutzhaft zu nehmen...“ Nun kamte die Juden besser keiner mehr.

Hatte noch bei einem ersten Brandanschlag auf die Synagoge der Bürgermeister den Revolver gegen die SA-Truppe aus Goppingen gezogen, die aus Buttenhausener jüdische Heiligtum Feuer legten, hatte die Feuerwehre noch gelöscht, so rührte sich keine Hand mehr, als am 9. November 1938 die Synagoge endgültig in Flammen aufging.

Als im November und Dezember 1941 die letzten Buttenhausener Juden mit ein paar ermseligen Runden in die grauen Lastwagen getrieben wurden, die sie in Richtung Osten karren, beobachteten die Buttenhausener Christen dabei vorgezogenen Gardien, was ihren Nachbarn geschah.

Fahrt in den Tod

Die wußten, daß sie in den Tod führen, in die Konzentrationslager, nach Auschwitz, nach Theresienstadt, nach Riga. Walter Ott hat vom Bundesarchiv Koblenz eine Liste besorgt, die genau über den Verbleib der Buttenhausener Juden Aufschluß gibt. Der Computerausdruck stimmt einen Waren-Aufschreib, 116 Namen sind aufgeführt, als Todesjahr wird zweimal 1942 und 1943 genannt. Hinter vielen Namen steht auch nur der Vermerk „ermordet“. Sechs jüdische Bürger Buttenhausens haben sich der Deportation durch Freitod entzogen. Darunter die Geschwister Rosa und Sophie Levi.

In Indien haben sie hinterlassen, daß sie nicht in fremder Erde bestatten sein wollen und haben Tücherchen „pennant“, und Walter Ott, irgendwo hat man diese letzten Buttenhausener Juden dann auf dem Friedhof in aller Eile bestattet. Walter Ott hat eine Notizen in Handwritten geschrieben, die die Namen und die Orte, wo sie bestattet wurden, aufgeführt sind.

Thema „40 Jahre danach“ auch im Schulzentrum Hermannsburg

Gestern war der reguläre Stundenplan außer Kraft gesetzt

eb Huchting. Auf einstimmigen Beschluß der Schulkonferenz vom 18. März 1985 fand gestern am Schulzentrum Hermannsburg anläßlich des 3. Mai ein Projekttag statt. An diesem Tag bezog sich die schulische Arbeit auf das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 40 Jahren, soweit es altersmäßig für vertretbar gehalten wurde. Für alle Klassen vom 5. bis 10. Schuljahr in der Orientierungsstufe, der Haupt- und Realschule sowie des Gymnasiums wurde der reguläre Stundenplan außer Kraft gesetzt und stattdessen zum Thema „40 Jahre danach“ gearbeitet.

So wurden unter anderem folgende Angebote gemacht:

- Es wurden Filme gezeigt: „Jakob der Lügner“; „Zwei Tage im August“; „Bremen 1945“.

- Ausstellungen, Plakate und Informationsblätter wurden erstellt.

- Sechs Augenzeugen – darunter Fritz Hallerstedt (Senior), der ehemalige Dachau-Häftling Udo Meinecke, der Mitbegründer der „Kampf-gemeinschaft gegen den Faschismus“ (KGF), Willi Elmers, und Heinz Meyer, ehemaliger Ortsamtsleiter, wurden eingeladen. Sie sprachen mit den Abschlußklassen in der Mehrzweckhalle.

- Der Leiter des Staatsarchivs Bremen, Dr. Hartmut Müller, informierte über das Konzentrationslager Oberneuland (in Stuhr).

Eine Planungsgruppe unterbreitete ihren Organisationsvorschlag, den die Klassenlehrer in Absprache mit den Fachlehrern zur Grundlage des Verlaufs am 8. Mai machten.

Zusätzlich wurde eine Übersicht über die zahlreichen Veranstaltungen erstellt, die am Nachmittag oder Abend noch wahrgenommen werden konnten, z. B. 16 Uhr am Ortsamt auf dem Franz-Löbert-Platz mit Ortsamtsleiter Horst Lutzbeck; 18 Uhr Großkundgebung auf dem Marktplatz; Aufsuchen des Geländes, auf dem

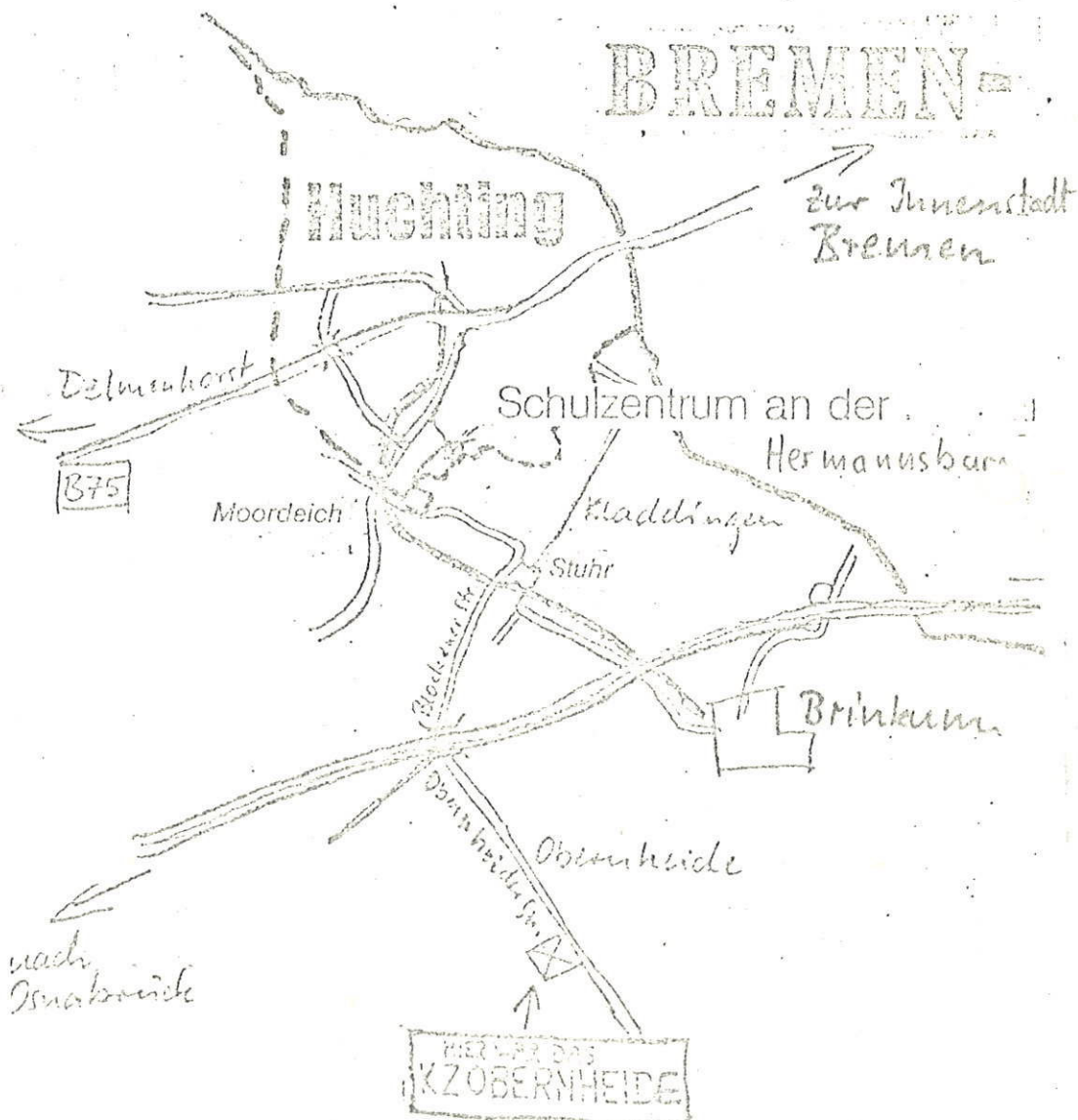
„den 3. Mai zum Anlaß zu nehmen, Deutschlands Weg in den Krieg und die Auswirkungen der faschistischen Diktatur in Europa schwerpunktmäßig im Unterricht darzustellen...“

„Die Alternative zu dieser Kapitulation wäre ein Sieg des deutschen Faschismus in diesem Kriege, ein Fortbestehen der faschistischen Gewaltherrschaft in Deutschland und ihre Ausdehnung über weite Teile Europas gewesen. Ich bitte alle bremischen Lehrerinnen und Lehrer, dieses der jungen Generation eindringlich darzustellen.“

Das Gedenkdatum 8. Mai 1985 muß in allen Schülerinnen und Schülern die Überzeugung festigen, daß Krieg ein verwerfliches und abzulehnendes Mittel der Politik ist. Zum Frieden in Europa gehört aber vor allem die Anerkennung der seit 1945 entstandenen Grenzen zu unseren östlichen Nachbarn.

Die von mir geforderte Friedenserziehung in den Schulen muß solche Erkenntnis deutlich machen.“

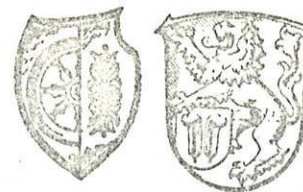
Der Projekttag am Schulzentrum Hermannsburg wurde in diesem Sinne durchgeführt



Verlagsgeschäftsstelle Melsungen,
Kasseler Str. 17, Tel. Redaktion
60 76, Anzeigen und Vertrieb 60 77,
Mo bis Do 8-12.30 Uhr, 13-15-17
Uhr, Fr 8-13.30 Uhr, Sa 8-30-11.30
Uhr. Anzeigenvertreter für den
Kreis Melsungen: Siegfried
Wey, HNA-Geschäftsstelle Melsun-
gen, Telefon 056 61 / 60 77.



MELSUNGER ALLGEMEINE Melsunger Tagesblatt



Anzeigenannahmestellen: Melsun-
gen: Buchdruckerei A. Bernerker,
Kasseler Straße 26, Telefon 68 66;
Felsberg: Schreibwaren Horst Ditt-
mar, Untergasse 43, Tel. 18 68;
Gensungen: U. Horwig, Parkstraße
20, Tel. 10 01, Guxhagen: „Die
Fundgrube“, Poststr. 11, Tel.
20 08; Korb: Zeitschriften Img.
Mannhausen, Nürnberger Str. 7,
Tel. 053 65 / 15 65; Altmorschen:
Schreibwaren Marie-Luise Früchel,
Paul-Franklurth-Str. 41, Tel.
056 84 / 82 14; Spangenberg:
Buchhandlung Elrich, Klosterstra-
ße 18, Tel. 4 07.

Nr. 154

Montag, 8. Juli 1985

Amtliches Verkündungsorgan für den Schwalm-Eder-Kreis, die Städte Melsungen, Spangenberg, die Gemeinde Malsfeld sowie für das Amtsgericht Melsungen

Dr. Vera Rüdiger besucht Ausstellung in Breitenau

„Vorbildhaftes Beispiel“

Guxhagen (H). „Als positives, vorbildhaftes Beispiel hat die hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Dr. Vera Rüdiger, bei einem Besuch der Gedenkstätte Breitenau – einem ehemaligen Arbeitserziehungs- und Sammellager – in Guxhagen am Samstag die Arbeit bezeichnet, die dort von der Gesamthochschule Kassel (GhK) geleistet wird. Besonders hob die Ministerin dabei das Buch „Ich habe die Metzerei satt und laufe über...“ von dem GhK-Politikwissenschaftler Jörg Kammler hervor, daß eine Dokumentation über Soldaten aus der Region in und um Kassel „zwischen Verweigerung und Widerstand“ (1939 bis 1945) ist, wie es im Titel heißt.

Nach dem Rundgang sagte die Ministerin, sie sei „beeindruckt“ von der Ausstellung, die zwei wichtige Dinge leiste, zum einen die Archivierung und Aufarbeitung wichtiger zeitgeschichtli-

cher Dokumente aus der NS-Zeit und zum anderen die Information vor allem junger Menschen über die schrecklichen Geschehnisse in den Konzentrationslagern. Die Gedenkstätte Breitenau sei die erste und einzige dieser Art in Hessen, die an die Konzentrationslager der nationalsozialistischen Zeit erinnere. Toleranz müsse gerade den „Andersartigen“ gegenüber geübt werden, sagte die Ministerin unter Hinweis auf die Ausländerproblematik. Besonders in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit sei dies wichtig, denn „tolerant zu sein, wenn es nichts kostet, ist leicht“.

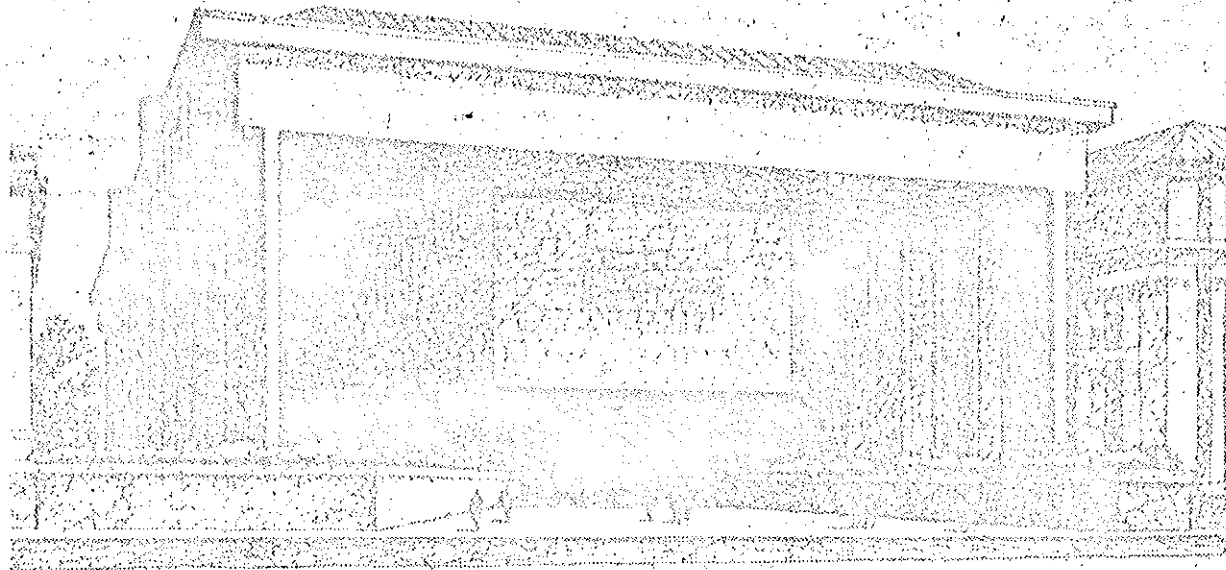
Um Arbeitslosigkeit, besonders der Lehrer, ging es auch in einem die Besichtigung anschließenden Gespräch mit zahlreichen Vertretern des öffentlichen Lebens, des Landeswohlstandsverbandes Hessen und der GhK. Professor Dr. Dietfried Krause-Vilmar von

der GhK hatte die Ministerin um eine Stellungnahme zu der künftigen Stellenplanung für die Gedenkstätte Breitenau gebeten und darauf hingewiesen, daß mehrere befristete Arbeitsverträge von Mitarbeitern der Projektgruppe in diesem Jahr auslaufen. Die Ministerin machte dem Projektleiter jedoch wenig Hoffnung auf eine Abhilfe und bezeichnete schon die Abordnung von zwei Lehrern der Gesamthochschule Guxhagen für 12 Wochenstunden ab August als „Kraftakt erster Güte“. Der Wunsch nach mehr sei „verständlich, aber objektiv unmöglich“.

Unter den Teilnehmern des Rundgangs befanden sich auch der Erste Beigeordnete des LWV, Dr. Georg Maraun, der als Hausherr die Ministerin herzlich begrüßte, sowie der Präsident der GhK, Prof. Dr. Franz Neumann und Bürgermeister Harald Kraß.



DR. VERA RÜDIGER, Ministerin für Wissenschaft und Kunst, informierte sich am Samstag über die Ausstellung in der Gedenkstätte Breitenau. Links im Bild der erste Beigeordnete des LWV, Dr. Georg Maraun, und rechts Professor Dr. Dietfried Krause-Vilmar. (Foto: I)



A rendering of the Holocaust Museum designed by the Washington firm of Notter, Finegold & Alexander Inc. 7

Design of Holocaust Museum Unveiled

WASHINGTON, May 10 (AP) — The United States Holocaust Memorial Council today unveiled plans for a \$30 million museum and archive to document the slaughter of millions of Jews and members of other ethnic groups by Nazi Germany.

The red granite building, to be constructed with money raised privately by a group called A Campaign to Remember, would replace two red-brick Government buildings near the Washington monument, Mark E. Tallman, vice chairman of the commission, told a House subcommittee.

"The events of the last three weeks demonstrate we must redouble our efforts" to educate the public about the Holocaust, Mr. Tallman said. He was referring to the controversy about President Reagan's visit last Sunday to a West German military

cemetery where members of the SS, the Nazi Party's elite guard, are buried.

Mr. Tallman said there had been misstatements about World War II in recent news accounts that "indicate how little is understood about the darkness that is called the Holocaust."

Mr. Tallman presented the plans for the museum to the House Appropriations Committee's Interior Subcommittee at a hearing on the council's request for funds for the 1985 fiscal year.

The architect, George Notter, said the 275,000-square-foot, five-story building with two underground levels would include space for exhibitions, archives, conference rooms, a cafeteria and the council's administrative offices. The building's design must be

approved by Interior Secretary Donald P. Hodel.

Council officials expect to open the building in 1990, Mr. Tallman said. He said the Campaign to Remember had \$11 million pledged.

Goal Is \$100 Million

The museum would be operated by the council, which receives Government funds. The council also plans to raise money to help cover museum operating expenses. Mr. Tallman said the campaign's ultimate goal is \$100 million.

The council has asked for an appropriation of \$1.95 million for fiscal 1986 to continue historical research for the development of museum programs.

The council has obtained permission from the National Advisory Council on Historic Preservation to save the two turn-of-the-century Government buildings that were constructed as annexes to the Auditors Building.

"I think you should tell me first why you think you need a new building," said Representative Sidney R. Yates, Democrat of Illinois, the subcommittee chairman. He noted that the annex buildings had been set aside for the museum because they could be "symbols of the buildings the people who endured the Holocaust" were housed in.

Mr. Notter said the annexes did not contain enough space for the museum, and that they were in such bad condition that they could be refurbished only at great expense.

COUNTRY RUN FOR CHILDREN;
GIVE TO THE FRESH AIR FUND

Gedenkstättenseminar Oktober 1985:

Vom 10.-13. Oktober findet in Papenburg das nächste Gedenkstättenseminar mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung statt. Die Einladungen wurden Anfang September vom Aktionskomitee Emslandlager verschickt.

Seminarthema: "(Un) Rechtsprechung im "Dritten Reich" und Aufarbeitung heute - die Arbeit des Aktionskomitees Emslandlager".

Gedenkstättenseminar Mai 1986:

Das übernächste Gedenkstättenseminar soll über die Gedenkstätte Breitenau nähere Informationen bringen und in der Ev. Akademie Hofgeismar vom 23.-25. Mai durchgeführt werden.

Im Zusammenhang mit der Arbeit der Gedenkstätte Breitenau wäre es sicher sinnvoll über die Bedeutung der Erinnerungsarbeit heute und der pädagogischen Möglichkeiten der Umsetzung zu diskutieren. Näheres soll in Papenburg vorgestellt werden.

Vorbereitungsseminar am 8. und 9. November:

Um die vielen Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Gestaltung der Gedenkstättenseminare stellen, in eine sinnvolle Praxis umsetzen zu können, soll vom 8. November 16 h bis 9. November 16h im "Assa-von-Kram-Haus", 3588 Homberg-Hülse, ein Vorbereitungstreffen stattfinden.

Unterkunft und Verpflegung sind frei, die Fahrtkosten müssen wir umlegen.

Es ist wichtig, daß zu diesem Treffen aus möglichst vielen Arbeitsbereichen Vertreter in die Kasseler Gegend kommen!

Anmeldungen bitte bis zum 20. Oktober an mich!

Fahrten in die Gedenkstätten Buchenwald und Ravensbrück:

Die VVN Berlin (West) führt öfters Fahrten in diese Gedenkstätten durch. Die nächsten Termine:

nach Buchenwald: 24.-26. Januar 86

nach Ravensbrück: 1. März 86.

Kontakt: VVN, z.Hd. Axel Preuschoff, Boddinstraße 64, 1/44.

Literaturhinweise:

- Suhr, Elke: Die Emslandlager, Bremen 1985 (die Dissertation).
- Kosthorst/Walter: KZ- und Strafgefangenenlager im Emsland 1933-45, Düsseldorf 1985 (die Taschenbuchausgabe).
- Suhr/Boldt: Lager im Emsland 1933 - 45, Geschichte und Gedenken, (zu beziehen: Uni. Oldenburg, Bibliotheks- und Informationssystem, Ulhornsweg, 2900 Oldenburg), Oldenburg 1985.
- Günter Heuzeroth (Hg.): Unter der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus 1933 -45, dargestellt an den Ereignissen im Oldenburger Land, 3 Bde., (zu beziehen: Uni. Oldenburg, Zentrum für pädagogische Berufspraxis).
- Heiner Lichtenstein: Mit der Reichsbahn in den Tod: Massentransporte in den Holocaust 1941-45, Köln, 1985.
- Bedrich Fritta: Für Tommy zum dritten Geburtstag in Theresienstadt 22.1.1944, Pfullingen, 1985 (38,-DM).
- Journal für Geschichte, Heft 3/85: Der 8. Mai 1985 - Niederlage und Befreiung in der Sicht von bundesrepublikanischen und DDR-Historikern.
- Bernd Eichmann: Versteinhert, Verharmlost, Vergessen, KZ-Gedenkstätten in der Bundesrep. Deutschland, Ffm 1985 (Fischer-TB).

Neue Bücher der Schriftenreihe "Nationalsozialismus in Nordhessen" (Verlag: Gesamthochschulbibliothek Kassel):

- König/Schneider: Sprengstoff aus Hirschbagen, Vergangenheit und Gegenwart einer Munitionsfabrik.
- Maili Hochhuth: Schulzeit auf dem Lande. Gespräche und Untersuchungen über die Jahre 1933-45 in Wattenbach.
- Krenkel/Nürnberg, u.a.: Lebensskizzen kriegsgefangener und zwangsverpflichteter Ausländer im Raum Fritzlar-Ziegenhain 1940-1943.
- Klaus Mosch-Wicke: Schäferberg, ein Henschel-Lager für ausländische Zwangsarbeiter (Neuaufgabe).